Nr. 92 — Jahrgang 13 | Einzelnummer 0,20 Zl. | Freitag, den 20. April 1928

Volkswille

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.15 Zly. Anzeigen unter Text 0.60 Zly. von außerhalb 0.80 Zly. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierzehntägig vom 16. bis 30. 4. cr. 1.65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kościuszki 29). Postscheckkonto P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Antifaschistische Demonstrationen im ungarischen Parlament

„Fort mit den Mördern Matteottis!" — Huldigung den italienischen Abgeordneten — Die Sozialisten protestieren gegen die italienische Diktatur

Budapest. Während der Mittwoch-Beratung über den Haushalt des auswärtigen Amtes, statteten die in Budapest weilenden italienischen Parlamentarier dem Abgeordnetenhaus ihren angekündigten Besuch ab. Die Parlamentswache hatte ihnen zu Ehren Galauniform angelegt. Die italienischen Gäste wurden auf eine der Galerien begleitet. Als die vom Saale aus sichtbar wurden, begrüßten sie die Regierungsparteien mit langen anhaltenden Huldigungsrufen. Einige Abgeordnete erhoben den rechten Arm zum Faschistengruß. Laute Hochrufe auf Mussolini wurden ausgebracht. Das Zeichen zu diesen Huldigungen gab Ministerpräsident Bethlen selbst.

Noch während dieser Beifallskundgebungen erhob sich bei den Sozialdemokraten ein ohrenbetäubender Lärm zu Protestkundgebungen. Die Linke schrie: „Nieder mit der Diktatur! Wie steht es mit den Mördern Matteottis? Wer sind die Freunde der Mörder? Der Abgeordnete Hunyand, der beim Eintritt der Italiener gerade am Wort war, versuchte vergeblich, seine Rede fortzusetzen. Es dauerte geraume Zeit, bis der Lärm sich legte. Die Abgeordneten der Mehrheit beantworteten die Protestrufe der Linken mit erneuten Huldigungen für die Gäste. Die italienischen Abgeordneten wohnten der Debatte etwa eine halbe Stunde lang bei. Nachdem sie fortgegangen waren, gab der sozialdemokratische Abgeordnete Palaky die Erklärung ab, daß die Demonstrationen seiner Partei nicht dem italienischen Volk, sondern dem Faschismus gegolten hätten. Die bürgerlichen Demokraten waren der Sitzung ferngeblieben.

Schwere Schneestürme in ganz Polen

Der Telefonverkehr mit dem Ausland völlig lahmgelegt — Teilweise Stillegung des Eisenbahnverkehrs

Danzig. Nach hier vorliegenden Nachrichten wurde gestern ganz Mittelpolen insbesondere aber die Hauptstadt Warschau sowie eine Reihe anderer polnischer Städte von einem schweren Schneesturm heimgesucht. Im ganzen Lande wurden erhebliche Schäden angerichtet. Hauptsächlich hat unter dem Unwetter der Fernsprech-Telegraphen- und Eisenbahnverkehr gelitten. Die Straßen in Warschau sind mit großen Schneemassen bedeckt. Gegen 8 Uhr abends traten im gesamten Eisenbahnverkehr ganz erhebliche Verspätungen ein. Auf manchen Strecken Polens wurde der Eisenbahnverkehr überhaupt eingestellt. Von Warschau werden lediglich in der Richtung Krakau, Posen, Sosnowice, Lodz und Kalisch Züge abgelassen. Bis in die späten Abendstunden des gestrigen Tages war der Moskauer Schnellzug noch nicht eingetroffen. Der Autobusverkehr mit den Warschauer Vorstädten ist unterbrochen. Ebenso ist der Straßenbahnverkehr in Warschau mit den weiter entfernt liegenden Vorstädten gestört. Der Funkentelegraphische Verkehr sowie die Rundfunksendungen sind zum Teil eingestellt worden, da die funktechnischen Einrichtungen durch die Stürme in Mitleidenschaft gezogen sind. Der Fernsprechverkehr zwischen Warschau und dem Auslande ist vollkommen unterbrochen. Von insgesamt 108 polnischen Telephonfernleitungen sind gegenwärtig nur neun in Betrieb. Arbeiterkolonnen sind auf allen Eisenbahnstrecken beschäftigt, die Strecke freizuschaufeln.

Ein mißglückter Eisenbahnanschlag im polnischen Korridor

Danzig. Mittwoch Nachmittag bemerkte der Streckenwärter der Eisenbahnlinie Dirschau—Danzig, daß in der Nähe von Liebenhoff auf polnischem Gebiet an einer Schiene die Laschen vollständig entfernt waren, was auf einen Anschlag schließen läßt. Als diese Entdeckung gemacht wurde, mußten nach dem Befund zu urteilen, bereits einige Züge diese Stelle passiert haben, da die rechte Schiene sich bereits um 1½ Zentimeter verschoben hatte. Man nimmt an, daß fünf Züge, darunter ein D-Zug, über die gelockerte Schiene ohne Schaden gefahren sind. Zur Unterstützung der polizeilichen Ermittlungen, die sich bis in die späten Abendstunden ausdehnten, wurde an den Grenzübergangsstellen eine strenge Ueberwachung ausgeübt. Die Polizei verhaftete bisher vier junge Burschen, die jedoch jede Täterschaft ableugnen.

Die deutsch-litauischen Verhandlungen

Berlin. Die litauische Abordnung zu den deutsch-litauischen Handelsvertragsverhandlungen ist Mittwoch früh in Berlin eingetroffen. Zu ihrem Bestande zählen der litauische Gesandte in Berlin, Sidzikauskas, Ministerialdirektor Dr. Zaunius, die Vorsitzenden der Memeler und Kownoer Handelskammern, Jahn bezw. Dobkewitschius und einige andere Sachverständige der zuständigen Ministerien. Das Programm der Verhandlungen ist noch nicht festgestellt und man rechnet in Kreisen der litauischen Abordnung auch nicht damit, daß die Verhandlungen schon heute beginnen werden. Vermutlich werden die deutschen und litauischen Unterhändler erst morgen vormittag zusammentreffen. Deutscherseits werden die Verhandlungen von dem zuständigen Referenten von Schack und Eisenlohn geführt.

Zaleskis Besuch im Vatikan

Rom. Der polnische Außenminister Zaleski ist Mittwoch nach eintägigem Aufenthalt in Neapel nach Rom zurückgekehrt. Er wurde mit seiner Gattin und in Begleitung des polnischen Botschafters beim hl. Stuhl um die Mittagsstunden vom Papst in Audienz empfangen, der ihm eine Medaille verlieh und seiner Gattin einen wertvollen Rosenkranz schenkte. Anschließend stattete das Ehepaar Zaleski dem Kardinalstaatssekretär Gasparri einen Besuch ab.

Berlin und der Kriegsverzichtpakt

Berlin. Nachdem die Prüfung der amerikanischen Kriegsverzichtpaktvorschläge durch die Rechtsabteilung des Auswärtiger Amtes abgeschlossen ist, wird sich auch das Reichskabinett in den nächsten Tagen mit dem amerikanischen Paktentwurf befassen. Natürlich wird es zu einer endgültigen Beschlußfassung zunächst noch nicht kommen, umsomehr, als auch die französischen Vorschläge vorher noch geprüft werden sollen. Soviel steht jedenfalls heute schon fest, daß die amerikanischen Vorschläge in Berlin eine äußerst sympathische Aufnahme gefunden haben und daß auch die Rechtsabteilung der Reichsregierung Bedenken gegen die Verwirklichung nicht zu haben glaubt.

Hermes erstattet Bericht

Berlin. Zu den in Wien abgeschlossenen deutsch-polnischen Besprechungen zwischen dem deutschen Delegationsführer Hermes und dem polnischen Delegationsführer von Twardowsky wird mitgeteilt, daß das Ergebnis dieser Besprechungen den Regierungen der beiden Länder unterbreitet wird und daß sich auch das Reichskabinett in den nächsten Tagen hiermit befassen wird. Reichsminister a. D. Hermes ist inzwischen wieder in Berlin eingetroffen.

Die russisch-französischen Schulden-Verhandlungen

Paris. Anläßlich des Notenaustausches zwischen Moskau und Paris über das Begehren der Bank von Frankreich, das russische Gold in Neuyork zu beschlagnahmen, veröffentlichte das französische Außenamt ein Kommunique, wonach die französische Kommission der französisch-russischen Konferenz aufgelöst sei und die Schuldenverhandlungen künftighin auf diplomatischem Wege geführt werden.

Wie nunmehr bekannt wird, ist nicht die französische Kommission aufgelöst, sondern auch die ganze französische Abordnung, so daß die Konferenz überhaupt nie mehr zusammentreten wird. Sämtliche Verhandlungen zwischen Frankreich und den Sowjets über alle strittigen Fragen werden demzufolge auf den diplomatischen Weg verwiesen.

Dr. Benesch in London eingetroffen

London. Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch ist Mittwoch abend in London eingetroffen. Obgleich der Besuch, wie erklärt wird, privater Natur ist, wird Dr. Benesch trotz der Abwesenheit Chamberlains zweifellos eine Reihe von politischen Besprechungen haben.

Irigoyen zum Präsidenten gewählt

Paris. Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, steht jetzt fest, daß Irigoyen zum Präsidenten der argentinischen Republik gewählt worden ist, obwohl das Ergebnis der Präsidentenwahl noch nicht in vollem Umfange vorliegt.

Balkanbündnisse

Das griechisch-rumänische Abkommen und die anglo-italienische Politik.

Von Professor N. Yannios (Athen).

Man spricht in Athen von der Möglichkeit, daß ein griechisch-türkisches Abkommen zustande komme, gleich demjenigen, das zwischen Giechenland und Rumänien abgeschlossen wurde.

Die Streitpunkte zwischen der Türkei und Griechenland sind jedoch viel zahlreicher und bei weitem komplizierter als diejenigen, die zwischen Griechenland und Rumänien bestehen. Man kann sogar behaupten, daß der griechisch-rumänische Pakt gerade deshalb zustande kommen konnte, weil zwischen dem Donauland Rumänien und Griechenland, das viel weiter südlich liegt, fast kein einziger ernster Konflikt beizulegen war. Zwischen den beiden Ländern bestanden seit jeher freundschaftliche Beziehungen und wenn mitunter früher die griechischen Ansiedler in Rumänien, die Pächter und Bauern auf den Gütern der Bojaren waren und die rumänischen Bauern in der Tat mehr bedrückten als die Bojaren selbst, gewisse Schwierigkeiten verschuldeten, so gibt es diese Art griechischer Ansiedler in Rumänien nicht mehr, insbesondere seit der Durchführung der Agrarreform auch bei den nationalen Minoritäten. Ebenso ist in Griechenland die Minorität der Kontso-Walachen (Bauern rumänischen Ursprungs) nach ihrer Auswanderung von Mazedonien nach der Dobrudscha, wohin die rumänische Regierung sie brachte, so unbedeutend, daß sie Rumänien nicht als Vorwand für territoriale oder andere Absichten gegenüber Griechenland dienen könnte.

Der Nichtangriffs- und Schiedsvertrag zwischen Griechenland und Rumänien, der am 22. März in Genf zwischen zwei Ländern abgeschlossen wurde, die weder Anlaß noch Möglichkeit zu einem Krieg miteinander besitzen, ist daher nicht zu jenem Zwecke abgeschlossen worden, den er sich nach außen hin setzt. Der Pakt soll sogar keine wirtschaftlichen Bestimmungen enthalten, denn man erklärt in Griechenland, daß es durch ihn nicht verpflichtet werde, Rumänien handelspolitische Erleichterungen im Hafen von Saloniki zu gewähren. Die Erklärung für den Vertrag muß daher vielmehr in innenpolitischen Motiven der beiden Länder, sowie in dem Kampf ausländischer Einflüsse auf dem Balkan gesucht werden.

Die Regierung sowohl Rumäniens als auch Griechenlands befindet sich in einer außerordentlich schwierigen Lage. Sie suchen irgendeinen Erfolg auf politischem oder wirtschaftlichem Gebiet, um sich an der Macht zu halten.

In Griechenland arbeitet Venizelos daran, das Land wieder unter seine Herrschaft zu bringen. In Rumänien versuchen die Liberalen nach dem Mißerfolg ihrer Wirtschaftspolitik ihre Stellung durch politische Unternehmungen zu stärken. In Bukarest wie in Athen beeilte man sich daher das Projekt eines Paktes, das seit 1925 besteht, in die Tat umzusetzen. Durch fremde Hilfe war es möglich, es durchzuführen.

Der Abschluß eines Nichtangriffsabkommens zwischen der Türkei und Griechenland wäre ein schlagender Beweis für diese Intervention auswärtiger Mächte auf dem Balkan. Wir halten übrigens den Abschluß eines solchen Abkommens für undurchführbar und zwar aus folgenden Gründen:

Griechenland und die Türkei, die seit mehr als einem Jahrhundert unablässig Kriege führen und als letzte den Weltkrieg beendeten, waren bis jetzt noch nicht soweit, daß sie alle Fragen regeln hätten können, die aus dem Krieg entstanden sind. Die Frage der Niederlassungen in Konstantinopel, die der Entschädigung und der Liquidation der Vermögen der Flüchtlinge sind noch in Schwebe. Ferner sind die Flüchtlinge in beiden Ländern noch immer von dem Wunsch beseelt, um jeden Preis an ihre Geburtsstätte zurückzukehren. Es steht sich somit auf beiden Seiten ein primitiver Nationalismus gegenüber, der jede wirkliche Verständigung zwischen der Türkei und Griechenland verhindern würde. Was natürlich ein Unglück bedeutet, denn diese beiden Länder bezahlen ungeheuer viel für ihre Flotte, die ein Nichtangriffsvertrag sinnlos machen würde.

Trotz aller nationalistischen Hindernisse bemühen sich England und Italien gegenwärtig, eine wenn auch vorübergehende Annäherung zwischen der Türkei und Griechenland zustande zu bringen. Erst vor kurzem, in Genf, zeigte die Türkei ihre Bereitwilligkeit, ihre Politik auf dem Balkan der englischen anzupassen. So werden der griechisch-rumänische Vertrag, der als eine Antwort Englands und Italiens auf den jüngst abgeschlossenen französisch-serbischen Vertrag angesehen werden kann, die mögliche Annäherung zwischen der Türkei und Griechenland und der griechisch-bulgarische Vertrag, der in Vorbereitung ist, in gleicher Weise dem Kampf ausländischer Einflüsse auf dem Balkan zugeschrieben werden können

Uebrigens zeigen alle Verträge, die seit einigen Jahren auf dem Balkan abgeschlossen wurden — albanisch-italienischer Vertrag, italienisch-rumänischer Freundschaftsvertrag, türkisch-bulgarischer Vertrag — genügend klar, daß die englischen Imperialisten auf dem Balkan mit den italienischen Hand in Hand arbeiten, die englischen gegen das Vordringen Rußlands zum offenen Meer, die italienischen Imperialisten für ihr Eindringen in den Balkan und die Isolierung und Einkreisung Jugoslawiens. Nichts hat sich also an der bürgerlichen Geheimdiplomatie geändert, die unter der Deckung angeblich friedlicher Bestrebungen, genannt „Nichtangriffspakte" neue Kriege vorbereitet.

Soll das heißen, daß alle diese Verträge zwischen den Balkanstaaten nur schädlich sind? Die Demokratie in Griechenland ist der Meinung, daß es mangels eines allgemeinen Schiedsvertrages auf dem Balkan oder des Beginns einer Balkanföderation notwendig ist, jede ehrliche Bemühung zu unterstützen, die den Frieden sichern will. Aber die Verträge, die bereits abgeschlossen wurden, oder es noch werden sollen, sind infolge des Doppelspiels, dem sie entspringen, nicht imstande, zusammen eine Kette zu bilden, die den ganzen Balkan zu friedlichen Zwecken vereinigt. Die Verträge auf dem Balkan sind im Grunde Bündnisverträge gegen einen Dritten.

Die griechische Außenpolitik arbeitet, selbst wenn sie durch politische Akte sich im Lande neues Ansehen verschaffen oder Griechenland für einige Jahre den Frieden sichern will, den es unbedingt braucht, ohne es zu wissen, als Instrument der englisch-italienischen imperialistischen Politik gegen das Prinzip des Nichtangriffs und das der Schiedsgerichtsbarkeit, die im Völkerbundpakt festgelegt sind.

Die griechische Arbeiterklasse hat daher die Aufgabe, über die Außenpolitik der Balkanstaaten zu wachen. Von dem Ausgang der Wahlen in Frankreich, Deutschland und England, vom Erfolg des Sozialismus wird es auch abhängen, ob es gelingt, den unglücklichen Balkanvölkern neues Unglück zu ersparen.

Ehret eure Meister!

Das Geburtshaus von Karl Marx von der Sozialdemokratie erworben.

Das in der Stadt Trier in der Brückenstraße 91 gelegene Haus in dem am 5. Mai 1818 Karl Marx als Sohn des Advokaten Heinrich Marx geboren wurde, ist im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei durch die Konzentration A.-G. erworben worden. Die Konzentration A.-G. ist die Dachgesellschaft für die geschäftlichen Unternehmungen der Sozialdemokratie. Das Haus, das in der Hauptsache noch das gleiche Gesicht zeigt wie in den Jugendjahren von Karl Marx, wird von der Sozialdemokratischen Partei als Erinnerungsstätte erhalten und gepflegt.

Was die bürgerliche Presse verschweigt

Neue sozialistische Wahlsiege.

Hamburg. Am Sonntag fanden in den preußischen Nachbargemeinden Hamburgs, Billstedt und Pinneberg, infolge von Eingemeindungen Neuwahlen der Gemeindevertretungen statt. Hierbei errang die Sozialdemokratie in beiden Orten einen großen Erfolg. In der Gemeinde Billstedt, die bisher eine Hochburg der Kommunisten gewesen war (hier hatte der Oktoberaufstand der Hamburger Kommunisten von 1923 einen Hauptstützpunkt gehabt), wurden die Kommunisten geschlagen. Die Sozialdemokratie erhielt 2582 Stimmen gegen 1793 im Jahre 1924, die K. P. D. 1096 (1484), der Arbeiterblock (linke Kommunisten) 406 (—), die bürgerliche Einheitsliste 1429 (1950), die katholische Liste 376 (291). Trotz starker Wahlbeteiligung haben also beide kommunistische Richtungen zusammengenommen ihre Stimmen nur knapp gehalten. Auch die Bürgerlichen haben erhebliche Stimmenverluste zu verzeichnen, während die Sozialdemokratie ihre Stimmenzahl gewaltig erhöhte. Es erhalten Mandate: Sozialdemokratie 11 (5), K. P. D. 5 (6), Arbeiterblock 1 (—), Bürgerliche 6 (7).

Einen ebenso schönen Erfolg erzielte die Sozialdemokratie in der Kreisstadt Pinneberg. Hier erhielten Stimmen: die Sozialdemokratie 1437 (864), K. P. D. 752 (749), bürgerliche Einheitsliste 1932 (2257). Die Mandate, infolge der Eingemeindung von 18 auf 21 erhöht, verteilen sich wie folgt: Sozialdemokratie 7 (bisher 4), K. P. D. 4 (bisher 3), bürgerliche Einheitsliste 10 (bisher 11). Die bisherige bürgerliche Mehrheit ist also gebrochen. Der Stimmenzuwachs der Sozialdemokratie in beiden Gemeinden zusammen beträgt 52 Prozent, während Bürgerliche und Kommunisten verloren haben. Da es sich um sozial ganz verschiedenartig zusammengesetzte Gebiete handelt, bedeuten diese Wahlen einen guten Auftakt für die Wahl am 20. Mai!

Die Pariser Großmarkthalle eingestürzt

Paris. Ein Teil der Pariser Großmarkthalle stürzte Mittwoch während des lebhaftesten Geschäftsbetriebes in den Vormittagsstunden ein. Man befürchtet, daß mehrere Menschenleben zu beklagen sind. Mauer- und Konstruktionsteile verschütteten zum Teil auch die umliegenden Kaufstände. Die Feuerwehr arbeitet fieberhaft, die Verwundeten aus den Trümmern zu befreien. Eine Frau, die zwischen dem Verschlagsraum und dem Erdboden der Halle hängen blieb, konnte aus ihrer gefährlichen Lage noch nicht befreit werden. Die Umgebung der Unglücksstelle ist abgesperrt. Der Polizeipräfekt befindet sich an Ort und Stelle. Als Ursache des Einsturzes wird das Nachgeben eines Hauptstützpfeilers angenommen. Der Einsturz war von einer Bodensenkung begleitet. Ueber den Umfang des Unglücks und die Zahl der Toten und Verwundeten liegen noch keine bestimmten Einzelheiten vor.

Neue Erdstöße im südbulgarischen Erdbebengebiet

Sofia. Während des Mittwochs und in der Nacht auf Donnerstag dauerten im südbulgarischen Erdbebengebiet die Erdstöße an. Die völlig verschüchterte Bevölkerung lebt seit Sonnabend unter steigenden Entbehrungen im Freien. Auch macht sich bereits Mangel an Nahrungsmitteln bemerkbar, da die Bäckereien größtenteils zerstört sind. Ein Flugzeug, das aus Sofia abgesandt wurde, um über der zerstörten Stadt Tschirpan photographische Aufnahmen zu machen, stürzte ab, wobei der Pilot und sein Begleiter auf der Stelle tot blieben. Der Ministerrat beschloß, für das Erdbebengebiet eine Steuerstundung zu erlassen. Als erster ausländischer Vertreter hat der deutsche Gesandte Rümelin der bulgarischen Regierung das Beileid der deutschen Regierung ausgedrückt.

Die Blätter schätzen die Zahl der Opfer der letzten Erdbeben auf 22 Tote und 100 Verletzte. Der Schaden dürfte 300 Millionen Lewa erreichen.

„Drückeberger"

Kein Eintreten Rothermeres für Südtirol.

Innsbruck. Der Landeshauptmann von Tirol, Dr. Stumpf, hatte bekanntlich vor einiger Zeit an Lord Rothermere eine Denkschrift gerichtet, in der er ihn auf die Verhältnisse in Südtirol aufmerksam machte und ihn ersuchte, zu Gunsten der Südtiroler bei Mussolini vorstellig zu werden, und auch in seiner Presse für die Südtiroler einzutreten. Die Schriftleitung der Innsbrucker Nachrichten bemühte sich darauf, von Lord Rothermere eine Aeußerung zu erhalten und sandte einen Mitarbeiter nach London, der Lord Rothermere schriftlich ersuchte, ihn zu empfangen. Rothermere hat diese Unterredung mit der Begründung abgelehnt, daß es seiner Meinung nach wenigstens jetzt von größerer Wichtigkeit sei, die Aufmerksamkeit der Welt auf den nun lebenswichtigen die Lage Ungarns zu lenken. Andere Fragen müßten später auftauchen. Eine Zersplitterung des Interesses im gegenwärtigen Augenblick wäre unklug und zwecklos.

Deutscher Wahlerfolg in Apenrade

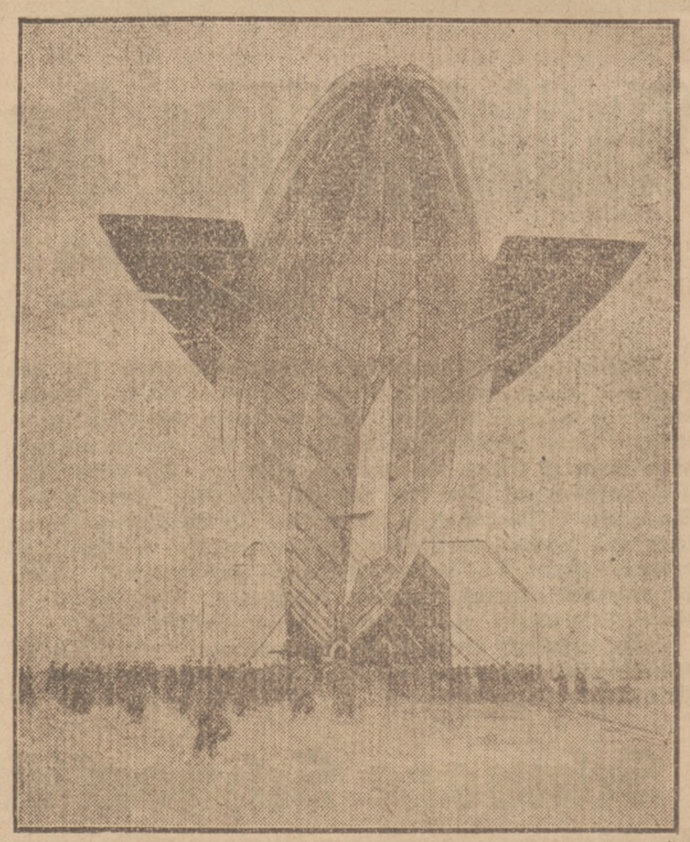
Kopenhagen. Wie aus Apenrade gemeldet wird, ist es der dortigen deutschen Minderheit gelungen, bei den Amtsratswahlen ein Mandat zu erlangen. Der Amtsrat von Apenrade besteht in Zukunft aus sechs bürgerlichen Dänen, zwei dänischen Sozialdemokraten und einem Deutschen.

Amerikanische Verluste in Nicaragua

London. Wie aus Neuyork gemeldet wird, haben die amerikanischen Marinestreitkräfte nach einer Mitteilung des Marine-Ministeriums im Verlauf der Kämpfe in Nicaragua insgesamt 26 Tote und 46 Verwundete gehabt. Die Toten auf nicaraguanischer Seite werden mit 202 Mann angegeben.

Ausdehnung des Streikes in Bombay

London. Nach Meldungen aus Bombay hat sich der Streik in den dortigen Baumwollspinnereien weiter ausgedehnt. 35 Fabriken mit einer Belegschaft von 40 000 Mann sind stillgelegt. Sehr starke Polizeiabteilungen werden unter ständiger Alarmbereitschaft gehalten, doch ist die Lage bisher ruhig.



Nobiles Landung in Stolp

Das Nordpolluftschiff des Generals Nobile, das am Sonntag in Mailand zum Fluge nach Pommern gestartet war, ist nach einer überaus stürmischen Fahrt am Montag auf dem Flugplatz Seddin bei Stolp gelandet. Im Bilde: Die „Italia" wird nach der Landung in die Halle gebracht. Die durch den Sturm verursachte Beschädigung der linken Stabilisierungsfläche ist deutlich erkennbar.

Weitere japanische Kriegsschiffe nach China

London. Nach Meldungen aus Tokio hat das japanische Marineministerium beschlossen, dem Kabinett heute die Entsendung von weiteren zwei Kreuzern und vier Zerstörern nach Tsingtau zu empfehlen. Nach weiteren Meldungen wird in Tokio bereits von einer ernsten Kriegsgefahr wegen der chinesisch-japanischen Zuspitzung in der Mandschurei gesprochen.

Der geheimnisvolle Reiter

Roman von Jane Grey.

Verfasser von „Der Eiserne Weg".

44)

So glitt er über den Augenblick hinweg, der gefährlich hätte werden können. Lem starrte ihn an; Montana stieß mit dem Fuß eine Kiste an den Tisch, um sich niederzusetzen, und seine Gebärde war sehr vielsagend; Bludsoe klatschte die Karten auf den Tisch und beehrte Wade mit einem verständnisvollen Blick. Bellounds zog seinen Stuhl heran.

„Wie machen wir das Limit?" fragte Jim.

„Zwei Zwanziger", erwiderte Lem rasch.

Dann begann eine längere Auseinandersetzung. Bellounds war für einen Dollar. Die Cowboys erhoben Einwände.

„Ah, Jack, wenn der Alte uns erwischt, daß wir mit einem Dollar Limit spielen, feuert er die ganze Belegschaft hinaus", protestierte Bludsoe.

Dieser vernünftige Einwand übte keinerlei Wirkung auf des alten Mannes Sohn. Er schob die guten Argumente beiseite und machte dann hämische Andeutungen auf den mangelnden Mut der Cowboys. Die scherzende Laune wich aus ihren Mienen. Lem wurde sogar rot.

„Ho, wenn wir hasardieren wollen, ist das 'ne andere Sache", sagte er mit einem kalten Klang in seiner Stimme, während er sich rittlings auf eine Kiste setzte. „Wade, leihen Sie mir etwas Geld."

Wade steckte die Hand in die Tasche und zog ein beträchtliches Häufchen Gold hervor, das er dem Cowboy reichte. Wenn diese große Summe früher zum Vorschein gekommen wäre, bevor sich die allgemeine Stimmung geändert hatte, hätte Lem wahrscheinlich die Augen aufgerissen und um Gnade gebeten. So aber griff er zu, als sei er gewöhnt, jeden Tag solche Gelder zu borgen. Bellounds hatte die umgänglichen, freundschaftlichen Annäherungen der Cowboys vereitelt, ebenso, wie er sie daran gehindert hatte, eine fröhliche kleine Partie nur zum Spaß zu spielen.

Das Spiel begann, Wade stand dabei und sah zu. Diese Jungens wußten nicht, was für ein riesiger Vorrat an Pokerkenntnissen hinter Wades teilnahmsloser, unerforschlicher Miene lag. Als junger Mensch hatte er die verwickelten Künste des Pokers in dem Lande gelernt, wo das Spiel entstanden war, und als Mann hatte er es mit Haufen gelber Münzen und geladenen Revolvern vor sich auf dem Tisch gespielt. Seine eifrige Neugier, hier zuzusehen, war, soweit sie die Cowboys betraf, nur ein Vorwand. In Bellounds' Fall jedoch bewegte ihn ein tieferes Interesse. Von Zeit zu Zeit, seit seiner Ankunft in White Slides, waren ihm Gerüchte zu Ohren gekommen, die von Bellounds' Schwäche für das Spiel zu erzählen wußten. Es konnte wohl auch nur Cowboytratsch sein. Wade aber war der Ueberzeugung, daß im Westen nichts so sehr geeignet sei, einen jungen Burschen zu prüfen, seinen wirklichen Charakter zu erweisen, wie eine Partie Poker.

Bellounds war fiebrig im Wetten, überschwenglich im Gewinnen, kläglich im Verlust. Seine Kenntnis des Spiels beschränkte sich auf die Anfangsgründe. Das Gefühl, das ihn beherrschte und für Wade immer deutlicher sichtbar wurde, war nicht die Lust, mit seinen Gegnern Scharfsinn und Glück zu messen, war auch nicht das Verlangen, Geld anzuhäufen — denn seine Tollkühnheit sprach dagegen —, sondern die Befreiung der Spielerleidenschaft. Und Jack Bellounds war in keiner Hinsicht imposant. Er bediente sich der zahllosen kleinen Tricks, die das Spiel im allgemeinen bietet, war rechthaberisch in der Verteidigung seiner Ansprüche, aber stets geneigt, die Ansprüche der anderen zu bezweifeln. Seine Betrügereien waren plump und primitiv. Er hielt Karten zurück, die er in der Handfläche versteckte; er schob beim Mischen die Asse auf die Unterseite des Pakets, um sie dann sich selbst zuzuteilen, und er war so verblendet, daß er seine Mitspieler nicht ebenso durchsichtigen Kniffen ertappen konnte, wie er selbst sie übte. Wade war verwundert und angewidert. Das Mitleid, das er für Jack empfunden hatte, ging auf den alten Vater über, der mit so hartnäckiger und unbesieglicher Zuversicht an seinen Sohn glaubte.

„Habt ihr nichts zu trinken?" fragte Jack.

„Nein. Wo sollen wir etwas herkriegen?" erwiderte Jim.

Bellounds schien diese Antwort sehr rasch zu vergessen, denn bald darauf wiederholte er seine Frage. Die Cowboys schüttelten die Köpfe. Wade wußte, daß sie logen, denn sie hatten Alkohol in der Hütte. Er wollte sich schon bereit erklären, aus seiner eigenen Behausung etwas Schnaps zu holen, nur um zu sehen, was der junge Mann dazu sagen würde. Aber er verzichtete auf diesen Einfall. Das Glück wandte sich gegen Bellounds, und ebenso die Künste des Spiels. Er war durchaus nicht ein „Lämmchen unter Wölfen", aber man hätte es vermuten dürfen, nach der Art zu schließen, wie er geschoren wurde. In Wades Augen bekam er nur, was er verdiente. Nicht einmal von diesen gutmütigen und feinen Kerls konnte man erwarten, daß sie sich Bellounds' Leidenschaften fügen sollten. Und sie gewannen ihm alles ab, was er besaß.

„Ich borge", sagte er mit fiebriger Ungeduld. Sein Gesicht war bleich, feucht und dennoch erhitzt, besonders in der Nähe der geschwollenen Beulen; seine Augen traten hervor, finster und starr, erfüllt von einem mürrischen Feuer. Vor allem aber verriet sein Mund den Schwächling, den geborenen Spieler, den egoistischen, verzogenen, ungeduldsamen Burschen. Hier zeigte sich seine schlechte Rasse.

„Ich verleihe kein Geld", erwiderte Lem, während er seinen Gewinn sortierte. „Hier ist Ihr Einsatz, Wade, und vielen Dank."

„Ich bin pleite; ich kann Ihnen nichts leihen", sagte Jim.

Bludsoe hatte einen beträchtlichen Anteil an den Gewinnen dieser raschen Partie, aber er machte keinerlei Miene, etwas davon zu verleihen. Bellounds starrte die Cowboys ungeduldig an.

„Zum Teufel noch mal! Ihr habt mir mein Geld abgenommen. Ich will Revanche haben", stieß er fast schreiend hervor.

„Wir haben ehrlich gewonnen, oder nicht?" erwiderte Lem kühl und gelassen. „Und Sie können jede Revanche haben, auf der Stelle, oder wann Sie wollen."

Plötzlich trat Wade vor und hielt Bellounds eine Hand voll Geld hin. „Hier", sagte er, und seine tiefliegenden Augen schimmerten im Halbdunkel des Raumes. Wade hatte mit sich selber eine Wette abgeschlossen, und diese Wette lautete, daß Bellounds keine Sekunde zögern würde, sein Geld zu nehmen.

„Vorwärts, ihr knickrigen Ochsentreiber", rief er und riß Wade das Geld aus der Hand. Seine Gebärden, so heftig und hitzig sie waren, verrieten nicht mehr als seine Miene.

Aber die Cowboys schienen erstaunt, und es war noch etwas mehr als Erstaunen in ihrer Haltung. Sie stürzten sich sofort über die Karten her, und das Spiel wurde schärfer, hitziger als zuvor, befeuert von dem flammenden Ungestüm dieses jungen Hasardeurs. Das trügerische und lockende Glück schien Jack eine Zeitlang zu begünstigen, schuf aus ihm einen strahlenden, prahlerischen, triumphierenden Menschen. Dann wandelte sich das Glück, und mit ihm Jack Bellounds Miene. Sein Gesicht verdüsterte sich.

(Fortsetzung folgt.)

Polnisch-Schlesien

Interessante Vergleiche

Nichts kann die Lage der schlesischen Arbeiterschaft so kennzeichnen, wie das statistische Material über die Kohlenförderung in dem schlesischen Kohlengebiet. Die Kennzeichnung der Lage der Arbeiter ist darin zu suchen, daß die Krise im Kohlenfördern mit der ganzen Wucht auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt wird. Doch sehen wir nach den Ziffern. Im März betrug die Kohlenförderung 2 593 347 Tonnen, d. i. um 202 000 Tonnen mehr als Februar. Auf den ersten Blick scheint es, daß im März eine Besserung zu verzeichnen ist im Vergleich zum Februar, obwohl im März viel von Feierschichten gesprochen wurde. Tatsächlich ist im März ein Rückgang in der Kohlenförderung eingetreten, weil der Februar 24 Förderungstage, während der März 27 Förderungstage aufweist. Im Februar wurden pro Tag 99 613 und im März 96 050 Tonnen gefördert; im Januar gar 100 602 Tonnen pro Tag in 28 Fördertagen. Die Wagengestellung betrug: im Januar 7967, im Februar 7963 und im März 7471 Wagen oder um 492 Wagen weniger als im Februar.

Im April wurde der Kohlenpreis für den Inlandskonsum um 10 Prozent erhöht. Daß diese Preiserhöhung einen Rückgang des Absatzes verursachen wird, ist klar. Der Innenkonsum verbrauchte im Februar 1 463 747 Tonnen, im März 1 413 668 Tonnen, ist also um 50 000 Tonnen zurückgegangen. Nach der Preiserhöhung dürfte der Rückgang erheblich sein und man rechnet bereits damit, daß im April der Inlandskonsum kaum über 1 000 000 Tonnen verbrauchen dürfte, wovon die vielen Feierschichten auf den einzelnen Gruben den besten Beweis liefern.

Im März ist der Kohlenexport gestiegen, und zwar von 794 576 Tonnen im Februar auf 875 018 Tonnen im März oder um 80 000 Tonnen. Diese Steigerung ist jedoch eine zufällige und nicht eine ständige, und kann keinesfalls den Verlust, der auf dem Inlandsmarkte erfolgte, ersetzen. Wir müssen also mit einer weiteren Verschlechterung der Arbeitslage in dem schlesischen Industriegebiet rechnen.

Die Untersuchung des Roßberger Falles abgeschlossen

Das Pflichtbewußtsein der Behörden in West-Oberschlesien gegenüber der polnischen Minderheit wird wieder einmal durch den Umstand bewiesen, daß die Akten über den Ueberfall ehemaliger Selbstschützler auf eine Versammlung der Mitglieder des polnischen Schulvereins in Roßberg in ihrem ersten Teil bereits geschlossen worden sind. Der Tatbestand wurde im beschleunigten Verfahren festgehalten und dadurch erreicht, daß bereits das Gericht die Vorbereitungen für die öffentliche Verhandlung trifft, um die Schuldigen aburteilen zu können. — Obwohl seit dem Ueberfall erst rund 6 Wochen verflossen sind und Anklage gegen nicht weniger als 24 Verdächtige erhoben werden mußte, hat die vom Landgerichtsdirektor Himml geleitete Strafkammer als Termin für die Durchführung des Prozesses bereits den 1. Mai in Aussicht genommen. Angeklagt werden insgesamt 24 Mitglieder der Beuthener Selbstschutzorganisation, die gemeinschaftlich an dem Ueberfall beteiligt waren. Und es sind mit schweren Strafen zu ahndende Taten, die diesen 24 Personen zur Last gelegt werden. Sie werden angeklagt, mit Gewalt Personen an der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte gehindert zu haben (§ 107 a Strafgesetzbuch) in Tateinheit mit §§ 124 und 125 Strafgesetzbuch, weil die Angeklagten sich öffentlich zusammengerottet haben, widerrechtlich in Geschäftsräume (Saal von Pawelczyk, in dem der polnische Schulverein tagte) eingedrungen sind und mit vereinten Kräften gegen Personen Gewalttätigkeiten begangen haben. Damit ist der Tatbestand für Landfriedensbruch erreicht. Eine besonders schwere Strafe (Zuchthaus bis zu 10 Jahren, bei milderen Umständen Gefängnis nicht unter 6 Monaten) droht den Rädelsführern und solchen Personen, die sich Gewalttätigkeiten haben zuschulden kommen lassen.

Zu dem Verhandlungstermin, in dem Oberstaatsanwalt Lachmann selbst die Anklage vertreten wird, werden 12 Zeugen geladen werden. Man ist der Meinung, daß der Termin in einem Tage durchgeführt sein wird.

Grubeneinsturz durch Erdverschiebungen

Vier Bergleute verschüttet.

Bei dem tektonischen Erdbeben, das sich gestern im Grubenbezirk von Beuthen ereignete, und auf den Grubenabbau zurückzuführen ist, soll ein Gebiet von 15 Kilometer Länge und 5 bis 6 Kilometer Breite erschüttert worden sein. Auf der Karsten-Zentrum-Grube der Schlesischen Akt.-Ges. ist eine Strecke zu Bruch gegangen, bei der vier Bergleute verschüttet wurden. An der Bergung wurde die ganze Nacht hindurch gearbeitet. Zwar ist es gelungen, mit einem der Bergleute eine Verständigung aufzunehmen, die kurze Zeit darauf wieder unterbrochen wurde. Nach weiteren mehreren Stunden schwerster Bergungsarbeit konnten alle 4 nur als Leichen geborgen werden.

Vom Kattowitzer Flugplatz

Der mit viel Kosten errichtete Flugplatz bei Kattowitz sollte schon im Mai vorigen Jahres ab, dem regelmäßigen Flugverkehr dienen. Nun ist seit dieser Zeit ein Jahr verflossen und davon ist vorläufig nichts zu merken, außer daß er bei Gelegenheit von Militärflugzeugen zur Landung benutzt wird. Die Eisenbahner der Eisenbahndirektion Kattowitz haben in letzter Zeit durch Abzüge vom Gehalt für die Luftflottenliga 380 000 Zloty zusammengebracht, wovon der größte Teil der Sammlung dem Luftflottenverein Kattowitz zum Ausbau des Flugplatzes überwiesen wurde. Einen Weg nach dem Flugplatz ließ die Stadt auf eigene Kosten herstellen, welcher aber noch nicht vollendet ist. Ob der öffentliche Flugverkehr dieses Jahr aufgenommen wird, oder verlassen darniederliegt, ist nichts bestimmtes bekannt.

Die Geliebte ihres Mannes erschossen

Eine dramatische Ehegeschichte wird aus Dombrowa berichtet: Das in den Eisenbahnhäusern wohnende Ehepaar Kokocinek lebte gerade nicht sehr glücklich zusammen, zumal der Ehegatte ein Liebesverhältnis mit der 35jährigen Katharina Kadzior unterhielt, welchem Verhältnis ein Kind entsproß. Vor einigen Tagen fuhr Frau Kokocinek außerhalb Dombrowas zu Verwandten, kehrte aber unvermuteterweise zurück und traf die Geliebte ihres Mannes in ihrer Wohnung an. Frau K., darüber sehr aufgebracht, ergriff einen am Fensterbrett liegenden großen Schraubenschlüssel und stürzte sich auf die Rivalin. Ein wuchtiger Schlag auf den Kopf der Kadzior ließ diese blutüberströmt zusammenbrechen. Nach mehreren Sekunden war sie eine Leiche.

Frau Kokocinek lief dann sofort nach der nächsten Polizeiwache, die sie mit den Worten „Ich habe die Geliebte meines Mannes getötet".

Riesige Steuerhinterziehungen

Wie die „Gazeta Robotnicza" in ihrer gestrigen Ausgabe berichtet, sind die Kontrollstellen der Steuerbehörde wiederum riesigen Steuerhinterziehungen auf die Spur gekommen. Durch diese soll der Staat annähernd um 4 Millionen Zloty geschädigt worden sein. Bei diesen Steuerhinterziehungen handelt es sich in erster Linie um das Chorzower Elektrizitätswerk und die Kohlenfirmen „Robur" und „Fulmen, die nach der „Gazeta Robotnicza" durch Abgabe von falschen Steuerdeklarationen den Staat um Riesensummen betrügen konnten.

Im Zusammenhange mit dieser Affäre ist der Leiter des Plessischen Finanzamtes, Batyckie, vom Finanzministerium versetzt worden. Gegen ihn ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden.

Kattowitz und Umgebung

Wichtige Beschlüsse des Kattowitzer Magistrats.

Weitere 300 000 Zloty für die Wohnhauskolonie.

Auf der letzten Magistratssitzung wurde zunächst das Protokoll über vorgenommene Revisionen in den städtischen Kassen zur Kenntnis genommen. Darauf gelangten eine Anzahl Personalangelegenheiten zur Erledigung. Im Anschluß daran einigte man sich auf Vornahme von Umbauten und Erweiterungsarbeiten an städtischen Gebäuden gemäß einem vorliegenden Projekt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung sind nachstehende Beschlüsse gefaßt worden:

Gründung einer besonderen Rechtskommission, welcher drei Juristen und zwar die Stadträte Golla, Jaworski und Dr. Rostek als Mitglieder angehören sollen. In der Folge sollen alle Rechtsfragen inbezug auf den rechtlichen Standpunkt durch diese Kommission behandelt werden.

Anschaffung eines neuen Mikroskops für das städtische Krankenhaus. Diese Neuanschaffung erweist sich als erforderlich, da das alte Mikroskop unbrauchbar geworden ist.

Ein Gutachten der Aerztekommission, welche im Bereich von Groß-Kattowitz verschiedene Grundstückskomplexe, auf ihre Eignung für den Bau eines Zentralkrankenhauses besichtigt hat, wurde zur Kenntnis genommen. Da die Meinungen und Ansichten nicht übereinstimmen, wird diese Angelegenheit an eine neue Kommission zwecks weiterer Feststellungen überwiesen. Diese Kommission setzt sich aus den Stadträten Golla, Sikorski, Dr. Rostek und Grajek, sowie zwei Sachverständigen des Oberbergamts zusammen.

Die Malerarbeiten in den städtischen Baulichkeiten werden zwecks Ausführung unter 100 Malermeister laut billigster Offerte verteilt.

Eine Summe von 300 000 Zloty soll als Vorauszahlung nach vorheriger Einverständniserklärung für die Durchführung weiterer Arbeiten in der Wohnhauskolonie auf der ulica Raciborska angewiesen werden. Die Rückzahlung dieser Summe soll nach Zuweisung der Anleihe erfolgen, um welche sich die Stadt für Investitionszwecke bemüht.

Gastspiel Dr. Emil Schipper am 27. April in Kattowitz. Das für die „Meistersinger-Aufführung" in Kattowitz am 27. April angesagte Gastspiel Willi Wörle — Walter Stolzing fällt leider wegen Verhinderung des Künstlers aus. Dagegen darf mit besonderer Freude mitgeteilt werden, daß den Hans Sachs in dieser Aufführung der berühmte Kammersänger der Wiener Staatsoper Dr. Emil Schipper singen wird. Auf diese Weise wird in der letzten deutschen Opernvorstellung dieser Spielzeit noch ein Sänger von europäischem Ruf gastieren. Die Aufführung der „Meistersinger" am 27. April gilt gleichzeitig als Abschiedsvorstellung für den scheidenden ersten Kapellmeister Karl Friderich, der einem ehrenvollen Rufe nach Dortmund folgt. Vorbestellungen für die „Meistersinger" werden von Sonnabend, dem 21. an entgegengenommen, der Verkauf beginnt am Montag, den 23. April.

Neue Höchstpreise für Mehl und Brot. Von Woche zu Woche werden in letzter Zeit die Höchstpreise für Mehl und Brot erhöht. Wir geben nachstehend die neuen Preisänderungen bekannt, welche auf der letzten Sitzung der Preisfestsetzungskommission in Kattowitz getroffen worden sind: Weizenmehl (60 Prozent) pro Pfund von 47 auf 48, Roggenmehl (70 Prozent) von 40 auf 42. Schrotmehl von 31 auf 33, Brot aus 65prozentigem Roggenmehl von 38 auf 40 Groschen, ermäßigt wurden lediglich die Preise für Eier. Es ändern sich die Höchstpreise für mittlere Landeier von 16 auf 15 und ausgewählte, größere Landeier von 18 auf 17 Groschen. Gültig sind die neuen Höchstpreise ab heutigen Donnerstag. Jede Preisüberschreitung wird bestraft.

Eine „Auto-Wettfahrt" und ihre Folgen. Eine grobe Fahrlässigkeit ließen sich im Monat Mai v. Js. der Chauffeur Josef Sch. und Fleischermeister August St. aus Nickischschacht zu schulden kommen. In schnellstem Tempo sausten die genannten Personen in zwei Autos auf der Chaussee Emanuelssegen—Kattowitz daher, um einander zu überholen. Diese „Wettfahrt" nahm jedoch einen unheilvollen Ausgang und zwar wurde von dem Auto des Chauffeurs Sch. eine, des Weges daherkommende Person überfahren, welche einen komplizierten Beinbruch erlitt. Es handelte sich um den Steiger Konstantin Kusch, welcher infolge der schweren Verletzung seinen bisherigen Posten aufgeben mußte und nunmehr seinen Unterhalt als Büroangestellter verdient. Die beiden unvorsichtigen Autolenker hatten sich vor dem Landgericht Kattowitz am Mittwoch zu verantworten. Das Gericht sprach beide Angeklagten schuldig. Es erhielt der Chauffeur Sch. wegen seiner fahrlässigen Handlungsweise eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten, der gleichfalls angeklagte Fleischermeister St. dagegen eine Geldstrafe von 500 Zloty.

Ungetreuer Akquisiteur. Gegen Vorlegung gefälschter Quittungen kassierte der Akquisiteur Konrad G. aus Kattowitz von verschiedenen Versicherten Beiträge in einem Gesamtbetrag von 350 Zloty ein. G. war bei der Versicherungsgesellschaft „Vesta" mehrere Monate hindurch tätig

Schlesischer Sejm

Die Deutschen sprechen dem Wojewoden jedes Vertrauen ab — Annahme des Budgets in dritter Lesung

Kattowitz, den 18. April.

Fast schien es, als wenn die Abgeordneten beziehungsweise die Klubs keine Lust hätten, irgend etwas zum Budget zu sagen, so war wenigstens die Stimmung bei der zweiten Lesung. Die dritte Lesung wurde eingeleitet mit der Mitteilung der Abgeordneten Biniszkiewicz und Rumpfeld, daß ihr Klub in Zukunft den Titel „Slonska Partija Sozialistyczna" trägt, worauf man in die Beratungen des Budgets trat.

Namens des Deutschen Klubs gab Abg. Dr. Pant die Erklärung ab, daß die Deutschen gegen das Budgets stimmen werden, weil sie zu dem gegenwärtigen Wojewoden keinerlei Vertrauen haben, weil seine ganze Tätigkeit eine einzige Arbeit zur Unterdrückung des Deutschtums darstellt. Ob dies in der Schulfrage oder bei der Beseitigung deutscher Wirtschaftsführer ist, überall spürt man die Hand des Wojewoden. Man hat am Budget mitgearbeitet, weil es bestimmte soziale und wirtschaftliche Positionen enthält und die Stellung der Deutschen richtet sich nicht gegen das Budget selbst, sondern einzig gegen die Tätigkeit des Wojewoden, dem die Deutschen jedes Vertrauen absprechen.

Abgeordneter Machej erklärt, daß er die dritte Lesung dazu benutzen wolle, um einige Wünsche seiner Fraktion vorzutragen, auf die bei den Beratungen keine Rücksicht genommen worden ist. Er wendet sich zunächst gegen das herrschende Steuersystem, welches keinesfalls dem Aufbau dient. Man kann aus dem Budget keinen wirtschaftlichen Fortschritt entnehmen, denn im letzten Budget waren 11 Millionen für Aufbauzwecke vorgesehen, während diesmal der Betrag von 6 Millionen für diese Zwecke figuriert. Darum kann von einem wirtschaftlichen Aufschwung kaum die Rede sein. Noch schlimmer stellt sich der Wohnungsbau, für den jetzt überhaupt keine Mittel zur Verfügung ständen und der Trost einzig und allein auf die 100-Millionen-Anleihe verschoben wird. Das ganze Budget erwecke den Eindruck eines „Impressariums", weit von der Wirklichkeit entfernt. Daran ändern auch nichts die geschaffenen Arbeiterkolonien, denn die Wohnungen sind derart teuer, daß kein Arbeiter sie beziehen kann. Die Teuerung steigt, den Arbeitslosen werden die Unterstützungen entzogen und für diese Not sieht das Budget keinerlei Vorsorge vor. Aus diesem Grunde müssen eine Reihe von Subventionen, die im Titel des Wojewodschaftsrats vorgesehen sind und auch ein Teil des Titels Landeskultur der Armenfürsorge zugeteilt werden. Redner schlägt dann die Streichung einiger Positionen im Gesamtbetrag von 472 000 Zloty vor, die er dem Titel „Fürsorge für die Armen" zu überweisen ersucht. Nachdem Redner noch eine Reihe von Wünschen betreffend des Budgets geäußert hat, erklärt er diesmal keine Resolutionen einbringen zu wollen, da ja die Regierung sowieso nicht auf die Wünsche des Sejms reagiert, wie dies aus dem vorjährigen Verhalten hervorging. Was den Schlesischen Sejm betrifft, so sei es notwendig, ihn aufzulösen oder bald Wahlen durchzuführen. Aber solange er besteht, müssen auch seine Rechte respektiert werden.

Abgeordneter Brzuska äußerte dann unter der Adresse der Warschauer Regierung Wünsche betreffend einer Verordnung zur Benennung der Schulen, die zurückgenommen werden sollen. Abgeordneter Biniszkiewicz stellte sich zur Streichung der Positionen des Budgets ganz im Gegensatz zum Abgeordneten Machej und findet es unverständlich, daß dieser keine Gelder für Ausstellungen und die Luftflotte bewilligen will. Er zeigt sich für diese patriotischen Zwecke sehr entgegenkommend, so daß es fast den Anschein erweckt, daß seine Rede als eine Anbiederung an den Wojewodenkurs betrachtet werden muß, da er dem P. P. S.-Klub vorwirft, daß in ihm auch die Abgeordneten Kowoll und Buchwald sitzen. Im übrigen ruft seine Rede einen großen Heiterkeitserfolg hervor.

Abg. Janitzki polemisiert gegen die Ausführungen des Abgeordneten Machej und findet seine Anträge als unangebracht, plädiert für Ablehnung seiner Anträge.

Einen Heiterkeitserfolg hat, wie immer Herr Abgeordneter Obrzud von der N. P. R. zu verzeichnen. Diese Führung einer nichtexistierenden Partei fühlt sich berufen gegen die Deutschen einige Epistel vom Stapel zu lassen. Und er ist der einzige Retter, der Herr Obrzud, der den Deutschen etwas am Zeuge flicken muß, den Wojewoden verteidigt und gegen die Erklärung des Abgeordneten Dr. Pant polemisiert, weil diese Preußen, eben keine loyalen Bürger sind. Wenn Herr Obrzud wüßte, wie sich Herr Pant jenseits der schlesischen Grenzen früher einmal gegen das Preußentum gewendet hat, er könnte sein bester Bundesgenosse sein. Sowie Trunkhardt jetzt wieder ein „guter" Deutscher ist, so auch Herr Dr. Pant ein guter Preuße, nach dem er sein Domizil von Bielitz nach Königshütte verlegt hat. Und Herr Obrzud merkt es nur nicht, wie lächerlich er sich mit seinen Angriffen macht. Die Rota hats ihm angetan, die Polen werden sich aber das nicht nehmen lassen und in seiner Begeisterung hätte er fast dieses Heldenlied angestimmt, wenn er den Text schriftlich vorliegen hätte. Nach diesem Heiterkeitserfolg ging man zur Abstimmung über, die einzelnen Anträge wurden angenommen, der Antrag Machej und Genossen auf Stärkung des Armenfonds indessen abgelehnt.

Eine Reihe von Resolutionen zu Steuerfragen wurde angenommen, die Abstimmung ergab die Annahme des Budgets gegen die Deutschen und gegen 6 Uhr konnte der Sejmmarschall die letzte Sitzung schließen, wie böse Zungen behaupten. Wir befürchten indessen, daß dieser schlesische Leichnam noch recht lange galvanisiert wird, weil so für Wahlerfolge im Augenblick keine Stimmung vorhanden ist.

Börsenkurse vom 19. 4. 1928
(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	= 8.91¼ zł
		frei	= 8.93 zł
Berlin	100 zł	=	46.816 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.	=	213.60 zł
	1 Dollar	=	8.91¼ zł
	100 zł	=	46.816 Rmk.

und soll bereits wegen ähnlicher Delikte vorbestraft gewesen sein. Es wurde nach Aufdeckung der Verfehlungen gegen den unzuverlässigen Akquisiteur Strafanzeige erstattet. Infolge der Vorstrafen, welche bei der Urteilsfestsetzung erschwerend ins Gewicht fielen, wurde der Angeklagte zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Königshütte und Umgebung

Abschlußfeier der Kinderfreunde.

Am Sonntag, den 22. d. Mts., begeht unsere hiesige Kinderfreundegruppe ihre Abschlußfeierlichkeiten des vergangenen Winterhalbjahres 1927-28. Diese bestehen aus einer Ausstellung der geleisteten Handarbeiten in der Zeit von 2 bis 5 Uhr nachm. im Büfettzimmer, und einem bunten Abend um 6 Uhr abends im gr. Saal des Volkshauses, ul. 3. Maja Nr. 6. Letzterer umfaßt ein umfangreiches Programm, das ausschließlich von unseren Kindern bestritten wird.

Wir gestatten uns hierdurch alle Genossinnen und Genossen sowie Gewerkschaftler zu dieser Veranstaltung einzuladen und bitten nach Möglichkeit auch die Ausstellung in Augenschein nehmen zu wollen.

Fahrtaxen für den Auto- und Droschkenverkehr. Die Polizeidirektion Königshütte ist auf dem Wege der Bearbeitung einer neuen Fahrtaxe für den Auto- und Droschkenverkehr. Während die bisherige Taxe für den Droschkenverkehr nicht mehr den gegenwärtigen Verhältnissen entspricht, besteht für den Autoverkehr überhaupt keine Taxe, so daß die Preise nach Gutdünken gefordert werden. Nachdem in Kattowitz vor einigen Tagen in dieser Angelegenheit eine Regelung eingetreten ist, wird sich Königshütte der gleichen Festsetzung nicht verschließen können. Die beste Lösung und einwandfreie Feststellung des zu bezahlenden Fahrpreises, wäre die Anbringung von Taxometern an Autos und Droschken, wie es bereits in Großstädten der Fall ist. m.

Verlust einer Grünanlage. Die im vorigen Jahre mit einem größeren Kostenaufwande auf dem freien Platz gegenüber dem Staatsbahnhof errichtete schöne Grünanlage, wird den dortigen Einwohnern zur Benutzung entzogen, da dort demnächst mit den ersten Schachtarbeiten für den Bau des neuen Finanzamtes begonnen wird. Die Bänke sind bereits aus der Erde gehoben und weggeschafft worden. Als Ersatz wird die Schaffung einer Parkanlage auf den Feldern gegenüber dem städtischen Krankenhause an der ul. Dombrowskiego vorgenommen. m.

Aus dem Gerichtssaal. Vor der Strafkammer hatte sich eine gewisse Rosalie Cz. aus Hohenlinde wegen Abgabe eines fahrlässigen Meineides zu verantworten. In dem seiner Zeit bekannten Prozeß gegen den Apotheker W i l c z e k, hatte die Angeklagte die Aussage gemacht und beschworen, daß in der Nacht zum 27. Januar ein höherer Polizeibeamter das Deutschlandlied gesungen hatte. Da sich der Beamte einer solchen Handlung nicht bewußt war, strengte er gegen die Frau eine Klage wegen Meineid an. Im ersten Termin wurde die Frau zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. In der Berufungsinstanz konnten die von ihr aufgestellten Zeugen, die Anschuldigung nicht bestätigen, worauf sie das Gericht erneut zu einer dreiwöchentlichen Gefängnisstrafe verurteilte. m.

Siemianowitz

Kartoffelverteilung an Invaliden und Witwen. Solange der Vorrat reicht, werden an die Bedürftigsten bis 3 Zentner Kartoffeln vergeben. Ebenso wird beabsichtigt, an die oben genannten noch Kohle abzugeben, in Handwagenmengen.

Prämien für Fenster- und Balkonblumenschmuck. Nachdem durch eifrige Umbau- und Neuarbeiten sich unser Straßenbild sehr vorteilhaft veränderte, hat bei dem gestrigen Sturm auch die Natur etwas nachgeholfen und einige baufällige Zäune umgeworfen. Es ist kaum anzunehmen, daß die Besitzer wieder das alte Gerümpel aufstellen. Um das Aussehen des Straßenbildes noch zu fördern, wird die deutsche Wahlgemeinschaft, dem Beispiel der Stadt Königshütte folgend, bei der nächsten Gemeindevertretersitzung einen Antrag auf Prämiierung von Fenster- und Balkonblumenschmuck einbringen. Es sind drei Prämien zu 150, 100 und 50 Zloty vorgesehen, außerdem einige Trostpreise. Natürlich kommen nur Bepflanzungen an der vordersten Häuserfront in Frage.

Arbeitsstellenkontrolle. Um den Zuzug von Arbeitskräften aus anderen Ortschaften für die Dauer der Saisonarbeiten bei der Gemeinde fernzuhalten und Arbeitslose hiesiger Ortschaft unterzubringen, ist eine Kontrollkommission aus Gemeindevertretermitgliedern gebildet worden. Es wird den Unternehmern nur die Beschäftigung von Facharbeitern zugebilligt; letztens hat die Kommission den Standpunkt eines Bauunternehmers, daß auch Handlanger zu Facharbeitern gehören, entschieden zurückgewiesen. Bei Eintritt besseren Wetters werden zwecks Beschleunigung der Wojewodschaftsbauten weitere 25 Arbeiter eingestellt. Unsere letzte Zeitungsnotiz über den Schneckengang bei diesen Bauten hat jedenfalls eingeschlagen.

Man hat Notiz genommen. Trotz des schlechten Wetters sammelte sich vor der Espefilmgesellschaft eine 3—400 köpfige Menge an. Verschiedene nahmen die Zeitungsnotiz gar zu wörtlich und erschienen mit Torba und Carbidlampe. Alle Anwesenden wurden für Donnerstag nachmittag vornotiert und erhalten als Entschädigung 1 Zloty pro Stunde. Auch sucht die Gesellschaft für die aus Liebesgram aus dem Fenster herausgesprungene Filmdiva geeigneten Ersatz. Die Diva, eine Schwedin, brach sich bei dem Sprung aus dem Fenster beide Füße und ist zur Heilung nach Berlin geschafft worden.

Die Hetze der „Polska Zachodnia"

Rechtsanwalt Zbislawski als Deutschenfresser — 80 Zloty Geldstrafe

In einem Artikel unter der Spitzmarke „Siewcy niezgody", welcher in Nummer 137 der „Polska Zachodnia" vom 19. Juni v. Js. veröffentlicht wurde, ließ sich dieses Blatt aus Michalkowitz die unglaublichsten Sachen über deutschen Terror gegenüber der friedlichen Bürgerschaft, durch unerlaubte Agitation und „Jagd" auf polnische Kinderseelen, welche der deutschen Minderheitsschule mit Trug und List zugeführt wurden, sowie andere Dinge mehr berichten. Selbstverständlich hatte man wie stets in solchen Fällen, auch diesmal gleich eine Anzahl solcher deutscher Sündenböcke bei der Hand, über welche der Artikelschreiber eine Flut von Beschimpfungen und Verleumdungen ergehen ließ. Zu Felde zog der Autor des Artikels u. a. gegen den Grubensekretär Emanuel Rutkowski, sowie die Gemeindeschöffen Karl Kabot und Paul Przywara. Es blieb den so schwer Verleumdeten schlechterdings nichts anderes übrig, als den Klageweg zu beschreiten, um die „Polska Zachodnia" vor Gericht zu zitieren und ihr Gelegenheit zu geben, zu beweisen, welch' eine Bewandtnis es mit den angeblich durch Zufall aufgedeckten Dokumenten über die teuflische Arbeit und Machenschaft der in Mitleidenschaft gezogenen Personen, sowie der verderblichen und umstürzlerischen Arbeit, welche gegen Judasgroschen des „Volksbundes" geleistet worden ist, habe. Man wollte aber auch die Beschimpfungen „Renegat", „Verräter" und weitere schlechtangebrachte „Titulationen" nicht auf sich sitzen lassen.

Dieser Prozeß kam vor dem Einzelrichter des Kreisgerichts in Kattowitz am gestrigen Mittwoch nach 5 maliger Vertagung zum Austrag. Angeklagt war der verantwortliche Redakteur Dylong von der „Polska Zachodnia". Ueber den eigentlichen Prozeßverlauf ist wenig zu berichten, es sei denn, daß von der beklagten Partei die in dem fraglichen Artikel erhobenen Verdächtigungen und Verleumdungen nicht nachgewiesen werden konnten. Auch die vernommenen Zeugen wußten über eine strafbare Betätigung in Schulangelegenheiten usw. nichts Nachteiliges aussagen.

Sehr treffende Ausführungen machte der Rechtsbeistand der Privatkläger, welcher betonte, daß diese in dem Artikel grundlos beschimpft und verleumdet worden seien. Solange derartige Hetzartikel zur Veröffentlichung gelangen, werden Ruhe und Frieden nicht einkehren. Erwünscht man ein loyales Verhalten der deutschen Bürger, dann solle man geflissentlich alles vermeiden, um ihre durch die Genfer Konvention verbürgten Rechte (auch in Schulfragen) anzutasten und zu schmälern. Recht behalten hat, so führte der Rechtsbeistand der Privatkläger weiter aus, die „Polska Zachodnia" lediglich mit ihren versteckten Drohungen, als deren unausbleibliche Folgen der Ueberfall auf den Sekretär Rutkowski und die Mißhandlungen zu bezeichnen sind, obgleich letzterem als Mitglied der Schulkommission in jedem Falle das Recht zustand, in Minderheitsschulangelegenheiten sich aktiv zu betätigen und zwar im Interesse der Minderheitsangehörigen, ohne Schädigung der polnischen Interessen. Es wurde Bestrafung des verantwortlichen Redakteurs für die verleumderischen Behauptungen gemäß den Paragraphen 185, 186 und 187 des Strafgesetzbuches sowie Veröffentlichung des Urteils beantragt.

Als Verteidiger des Beklagten bemerkte Rechtsanwalt Zbislawski, daß die „Polska Zachodnia" ein Kampforgan und demnach das berufenste Organ zur Wahrung polnischer Interessen wäre. Höchst merkwürdig muteten diese Ausführungen an, welche man als leere Phrasen mit einem Wort abtun könnte. Im Uebereifer wurden von dem Verteidiger Behauptungen erhoben, die sich wohl schwer begründen dürften. Man täte nicht gut, so hieß es, sich von der Gegenseite auf die Genfer Konvention zu berufen, denn deutlich genug beweisen die Ereignisse, mit welchen Mitteln seitens des Volksbundes und der Deutschen bezw. irregeleiteten Polen für die Deutschtumssache gearbeitet wird. Jedes Mittelchen wäre den „bösen" Deutschen gut und recht und zwar Judas-Silbergroschen Kleidungsstücke, Unterstützungen, sowie Lebensmittel (Kinderspeisungen) vom „Volksbund", welcher Hunderttausende, ja Millionen für derartige Zwecke angeblich ausgibt. Unter den Kindern, welche die deutsche Minderheitsschule besuchen und dieser zugeführt werden, dürften gut 70 Prozent polnische Kinder sein, deren Eltern irregeleitet und betört worden sind. Man brauche für diese Behauptungen erst keine Beweise zu liefern, da solche überall vorhanden wären. Für Personen, welche auf polnischer Erde geboren sind und sogar einen polnischen Namen führen, welche sich aber trotzdem für die Deutschtumssache betätigen, wäre die Bezeichnung „Renegat" zutreffend und angebracht. Entschieden falsch wäre es, immer wieder hierorts von Oberschlesien zu reden, da es entweder nur Polen oder Deutsche gibt.

Eine treffende Antwort erteilte speziell auf die letzten Ausführungen, welche sich mit nichts begründen lassen, der Rechtsbeistand der Privatkläger, Advokat Dr. Kwiatek, welcher bemerkte, daß in Verfolg der vorhergehenden Ausführungen dann schlechterdings hervorragende Polen, welche die polnische Sprache gut beherrschen, jedoch beispielsweise die Namen Thugutt, Stark, Wagner führen, ebenfalls als Renegaten angesehen werden müßten. Wenig angebracht wären Verallgemeinerungen, da es sich lediglich darum handele, den Beweis für die in dem fraglichen Artikel erhobenen Behauptungen zu erbringen.

Advokat Dr. Kwiatek berief sich selbst auf seine Ueberzeugung und sein Polentum und bemerkte, daß er den Privatklägern seine Hilfe lediglich deswegen zugesichert habe, weil er überzeugt sei, daß diesen durch die Angriffe in dem Zeitungsartikel offensichtliches Unrecht widerfahren sei. Bezeichnend für die Loyalität seiner Klienten sei die Tatsache, daß sich diese vertrauensvoll an das polnische Gericht wandten, in der Ueberzeugung, daß ihnen ihr Recht zuteil wird, ohne die Angelegenheit an die „große Glocke" zu bringen.

Nach kurzer Beratung wurde der verantwortliche Redakteur wegen Verleumdung und Beleidigung für schuldig befunden und zu einer Geldstrafe von 80 Zloty oder 8 Tagen Gefängnis verurteilt. Das Urteil ist damit begründet worden, daß ein Beweis für die erhobenen Anwürfe und Beschuldigungen nicht erbracht werden konnte. Eine Urteilsveröffentlichung hat überdies in der „Polska Zachodnia" zu erfolgen.

Myslowitz

Der Zug nach Frankreich.

In der Auswandererzentrale in Myslowitz wird es wieder lebendig. Man sieht dort Frauen und Männer aus allen möglichen Teilen Polens, die nach Frankreich wollen. Insgesamt werden 1925 Arbeiter und Arbeiterinnen angeworben. Die französischen Kohlengruben suchen 150 Häuer und 444 sonstige Arbeiter, zusammen also 599 Arbeiter. Der Verdienst auf den französischen Gruben beträgt pro Schicht für Häuer: Minimallohn 24 Franken, Mittellohn 29 Franken. Für die zweite Kategorie der Grubenarbeiter zwischen 21—25 Franken. Neben Grubenarbeitern werden Landarbeiter und Landarbeiterinnen gesucht, und zwar 541 Landarbeiter und 500 Landarbeiterinnen. Die Belohnung und Behandlung der Letzteren ist hundsmiserabel. Die polnischen Landarbeiter werden in Frankreich in Stallungen untergebracht und sind dort völlig rechtlos. Rückwanderer erzählen, daß im Krankheitsfalle die Leute hilfslos sich selbst überlassen werden. Weiter sucht das französische Komitee 190 Fabrikarbeiter, also Industriearbeiter, gibt aber die Entlohnug derselben nicht bekannt. Alle Auswanderer müssen sich für ein Jahr verpflichten, mit anderen Worten, sich den französischen Kapitalisten ausliefern und auf ihre persönliche Freiheit verzichten. Das Hinwerfen der Arbeit gilt als Kontraktbruch und der Arbeiter wird eingesperrt und letzten Endes an die Grenze abgeschoben. Unsere französischen Freunde machen mit dem polnischen Arbeiter nicht viel Federlesen. Auffallenderweise sieht man unter den Auswanderern fast gar keine Oberschlesier. Die Letzteren haben die französische Freundschaft gründlich ausgekostet und die Lust zur Auswanderung ist ihnen vergangen. Weiter verlautet noch, daß auch die deutschen Agrarier in diesem Jahre ein höheres Kontingent von polnischen Landarbeitern hereinlassen werden. Daher die Belebung in der Myslowitzer Auswandererzentrale.

Die Kontrolle der Arbeitslosen. Auf den Anschlagsäulen in Myslowitz prangt eine Bekanntmachung folgenden Inhalts: „Kontrolle der Arbeitslosen. Das bisherige Kontrollsystem der Arbeitslosen wird dahin geändert, daß die in Myslowitz wohnenden Arbeitslosen, t ä g l i c h zu der Kontrolle zu erscheinen haben, wenn sie nicht wollen, das Recht auf die Arbeitslosenunterstützung und die Arbeitsvermittelung einbüßen. Alle Arbeitslosen, welche in Städtisch-Janow, Schabelnia, Städtisch-Schoppinitz, Rosalienhütte, Emok, Slupna und Brzenzkowitz wohnen, haben nach wie vor jeden Dienstag und Donnerstag zur Kontrolle zu erscheinen. Die Kontrolle erfolgt im Zimmer Nr. 7 im Rathause". Gegen die Kontrolle der Arbeitslosen wäre an und für sich nichts einzuwenden, doch scheint uns, daß die tägliche Kontrolle doch etwas viel des Guten ist. Jeder Arbeitslose trachtet Arbeit zu bekommen und die Arbeit kommt nicht zu ihm, sondern er muß sie suchen. Zum Arbeitsuchen braucht man freie Zeit, insbesondere, wenn man die Arbeit in Kattowitz oder sonstigen weiter entlegenen Ortschaften suchen will. Wie oft begegnet man Arbeitsuchende aus Myslowitz in Kattowitz, die von einem Unternehmer zum anderen laufen und wegen Arbeit nachfragen. Es wäre schon angezeigt, allen Arbeitslosen Gelegenheit zu bieten, die Arbeit suchen zu können und ihnen zwei bis drei Tage in der Woche für diese Zwecke freizulassen. Anstatt jeden Tag zur Kontrolle, würde nach unserem Dafürhalten jeden zweiten Tag vollauf genügen.

Republik Polen

Sosnowitz. (D i e T r a g ö d i e e i n e s a l t e n L e h r e r s.) Der 69 Jahre alte Lehrer, Nathan Leszorowitz, aus Sosnowitz beging am Sonntag in seiner Wohnung Selbstmord durch Erhängen. L. wurde pensioniert, die Auszahlung der Pension ließ jedoch sehr lange auf sich warten, so daß der Greis, der keinerlei Anverwandte hatte, in die bitterste Not geriet. Vornehmlich waren es Nahrungssorgen, die ihn zu der Tat veranlaßten. — Bei den betreffenden Regierungsstellen bezw. der Schulbehörde, die die Pensionierung des alten Lehrers in die Wege leitete, aber für die Auszahlung der Pension wenig sich kümmerte, müssen eigenartige Zustände herrschen. Hoffentlich greifen hier die vorgesetzten Instanzen ein und ziehen die Schuldigen zur Rechenschaft, denn es ist eine Unverantwortlichkeit sondersgleichen, wenn wegen der Schlampigkeit einiger unfähiger Beamten ein Bürger, der seine karge Pension mühsam genug verdient hat, zum Strick greifen muß aus Nahrungssorgen. Das ist beschämend.

Dombrowa. (S o l i d a r i t ä t.) Zu einem zweitägigen Streik kam es auf der „Bernardgrube" bei Dombrowa. An demselben beteiligten sich 300 Arbeiter, weil die Verwaltung 17 Arbeiter wegen Krankheit entlassen hatte. Die zwischen der Verwaltung und dem Arbeits-Inspektorat geführte Verhandlung führte zu einer Einigung, indem die Verwaltung ihre Bereitwilligkeit zur Wiederbeschäftigung der Bergleute nach ihrer Gesundung erklärte, so daß die Belegschaft wieder zur Arbeit erschien. Die oberschlesischen Kumpels müßten daraus eine Lehre ziehen.

Lodz. (B e s t i a l i s c h e r M o r d.) Das Haus in der Alexandrowska 35 war gestern der Schauplatz eines grausamen Mordes. In diesem Hause wohnte seit drei Jahren das Ehepaar Chawa und Elias Chajmowicz. Beide hatten in dem zweistöckigen Gebäude unterm Dach ein armseliges Zimmer inne. Chajmowicz ist als Expedient in der Firma Frenkel und Fuchs angestellt. Alle Tage um 6 Uhr früh begab er sich zur Arbeit und ließ seine Frau allein zurück, da Kinder nicht vorhanden waren. Auch gestern hatte er, wie gewöhnlich, die Wohnung verlassen. Um 12 Uhr mittags klopfte die Schwester Chajmowiczs Ita Libermann an die Tür. Da niemand antwortete, betrat sie das Zimmer, das nicht verschlossen war. Ihr bot sich ein furchtbarer Anblick dar. Auf dem Fußboden lag in ihrem Blute Frau Chajmowicz. Als das Mädchen näher heranging, sah sie, daß die Hirnschale der Besinnungslosen mit einem stumpfen Gegenstand eingeschlagen war. Aus zahlreichen Wunden am Körper lief außerdem Blut. Ita Libermann lief auf den Korridor hinaus und rief um Hilfe, worauf die Nachbarn herbeieilten und die Polizei verständigten. Der bald darauf eingetroffene Arzt der Rettungsbereitschaft konnte nur noch den bereits eingetretenen Tod feststellen. Außerdem trafen am Tatort die Untersuchungsbehörden ein, die eine strenge Untersuchung einleiteten.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: J o s e f H e l m r i c h, wohnhaft in Katowice; für den Inseratenteil: Anton R z y t t k i, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse", Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Sozialistische Bildungsarbeit in Ungarn

Von Rudolf Pajor, Budapest.

Die sozialistische Bildungsarbeit hat in Ungarn mit tausenderlei Hindernissen und Schwierigkeiten zu kämpfen. Am schwersten fällt diesbezüglich der Umstand ins Gewicht, daß die einzelnen Vorträge, aber auch die Person des Vortragenden bei der Behörde vorher angemeldet werden müssen. Von der behördlichen Bewilligung hängt es ab, ob der Vortrag überhaupt stattfinden kann. Es ist unzählige Male der Fall — insbesonders in den Provinzstädten und Gemeinden —, daß die Behörde den Vortrag einfach verbietet, weil ihr die Person des Vortragenden oder der Titel des Vortrages nicht paßt. Ist der Vortrag einmal gestattet, so erscheinen zu diesem ein Polizeibeamter und zwei Detektivs. Der Polizeibeamte kann während des Vortrages Einwendungen erheben, er kann den Vortragenden in seinen Ausführungen unterbrechen, ja er kann sogar die Vortragssitzung auflösen. Diese behördlichen Organe machen wohl keine stenographischen Aufzeichnungen, aber sie können trotzdem den Vortragenden natürlich wegen Aufreizung oder Aufwiegelei anzeigen und das Gericht verurteilt auch den Vortragenden auf Grund der Angaben der behördlichen Organe. So wurde ein Vortragender zu 9 Monaten Kerkerstrafe und jüngstens zwei Vortragende zu je einem Monat Gefängnis verurteilt.

Unter solchen Umständen kann mit Recht gesagt werden, daß die Vortragenden während ihrer Ausführungen mit dem einen Fuß stets im Kerker tanzen. Das lähmt natürlich in großem Maße die sozialistische Bildungsarbeit. Ebenso ist auch die Veranstaltung von Kulturabenden und Matinees erschwert. Das Programm muß vorher der Behörde unterbreitet werden. Die vorzutragenden Gedichte und sonstigen Stücke des Programms gelangen unter die Zensur und es ist nicht selten der Fall, daß die Produkte hervorragender nationaler Dichter (Petöfi, Ady) dem Blaustift des Zensors zum Opfer fallen. Hierzu kommt noch, daß man, um die Bewilligung für einen Kulturabend oder ein Konzert zu erreichen, an 22 Instanzen abgehen muß. Und dann kommen die Schwierigkeiten materieller Natur. Lustbarkeitssteuer, Polizeilizenzgebühr, maßlose Saalmiete usw., Schwierigkeiten, die in materieller Hinsicht die sozialistischen Kulturabende unmöglich machen.

Es legt beredte Zeugenschaft für den überaus großen Wissensdrang der Arbeiterschaft in Ungarn, daß trotz dieser vielen Hindernisse in der verflossenen Unterrichtsperiode unsere Partei folgende Bildungsarbeit versehen hat:

Wissenschaftliche Vorträge haben stattgefunden: In Budapest und Umgebung 476; in der Provinz 109; für Jugendliche 121. Zusammen 706. Außerdem 9 Seminarium-Unterrichtskurse in der Dauer von je 6 Monaten. Wir veranstalteten 14 Studienausflüge und 10 Museumsbesuche. Ein Seminarium zur Ausbildung von Bibliothekars. In Vorbereitung sind derzeit ausländische Studienreisen.

Der Bildungsausschuß der Partei ist eifrig bestrebt, nach österreichischem Muster je eher eine Arbeiterhochschule ins Leben zu rufen, was jedoch vorläufig auf bedeutende materielle Schwierigkeiten stößt.

Die Gewerkschaften verfügen über einen separaten Bildungsapparat, der die Aufgabe hat, die Arbeiterschaft vorwiegend in den gewerkschaftlichen Fragen fortzubilden.

Die Ausgaben für Bildungszwecke der Partei beliefen sich im verflossenen Zyklus auf 17 976 Pengö.

Die verschiedenen Arbeiterkulturvereinigungen schließen sich jetzt zu einem großen Kulturverband zusammen, um dadurch einheitlichen sozialistischen Geist unter die Arbeitersänger, Arbeitersportler, Esperantisten, Touristen, Kinderfreunde und Alkoholgegner zu verpflanzen.

Die Frauen in der Völkerpolitik

Bei den bevorstehenden Reichstags- und Landtagswahlen in Deutschland können 21,9 Millionen Frauen ihr Wahlrecht ausüben, das sind 2¼ Millionen mehr Frauen als Männer. In England haben die Frauen jetzt das Wahlrecht wie die Männer erhalten; das sind 8 Millionen stimmberechtigte Frauen mehr als bisher. In Frankreich sind die Frauen noch von dem Bürgerrecht ausgeschlossen, aber man demonstriert für das Frauenwahlrecht. In der Schweiz, dem klassischen Lande der Demokratie und der Freiheit, ist vorläufig noch nicht an das Kommen des Frauenwahlrechts zu denken. In Lettland dürfen die Frauen wählen und gewählt werden, aber die indifferenten männlichen Wähler streichen die weiblichen Namen vielfach von der Liste (was in Deutschland nicht zulässig ist). In Belgien haben gerade die fortschrittlichen Menschen Sorge, daß das Frauenwahlrecht einen reaktionären Rückschritt bringen könnte. Im internationalen Weltbund für Frauenstimmrecht diskutiert man Jahr für Jahr aufs neue über die Berechtigung eines besonderen gesetzlichen Schutzes für die arbeitende Frau und Mutter. Für die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften der ganzen Welt wurde diese Frage mit Hilfe ihrer politisch aktiven Frauen bald gelöst. Sie wußten, daß die Leistungen der Mutterschaft eines erhöhten Schutzes für die Arbeiterinnen bedurften, und sie richteten im gegenseitigen Einvernehmen ihre nationalen Maßnahmen danach ein.

Das Frauenwahlrecht in der Welt bringt selbstverständlich auch die Mitarbeit der Frauen an verantwortlichen Regierungsstellen. Hier ist uns das Ausland voraus. Als in Dänemark zum ersten Male eine Regierung der Sozialdemokraten gebildet wurde, da wurde u. a. auch eine Frau ins Ministerium berufen. Es war unsere liebe Genossin Nina Bang, deren Tod wir in diesen Tagen beklagen mußten. Wir können stolz sein auf diese hochgebildete, kluge und energische Frau, die mit großem Können, Takt und Energie ihren schweren Posten als Kultusminister ausgefüllt hat. In England war es Margret Bondfield, von der Arbeiterregierung ins Ministerium gerufen, die ebenfalls ihre großen Gaben, ihr reiches Wissen und Können ganz besonders für den internationalen Frauen- und Kinderschutz anwandte. Minna Sillanpää, die finnische Proletarierin und Sozialistin, wurde durch das Vertrauen, das sie sich in der Arbeiterbewegung erworben hat, ebenfalls für würdig und geeignet befunden, zusammen mit den männlichen Genossen an der Regierung Finnlands mitzuarbeiten. In Deutschland hatten wir bisher keinen verantwortlichen weiblichen Minister. In der Verwaltung des Reiches, der Länder und Gemeinden aber arbeiten hier und da Frauen an verantwortlichen und führenden Stellen mit.

Die gegenwärtige Zeit ist wie keine vor ihr geeignet, den aktiven Elementen unter den Frauen das Vordringen in politische Verantwortlichkeit und Mitwirkung möglich zu machen. Das haben die Genossinnen in allen Ländern klar erkannt. Sie wissen, daß das Frauenwahlrecht und die politische Wirksamkeit der Frau in erster Linie abhängig sind von der kapitalistischen Entwicklung und ihrer Frauenerwerbsarbeit. Aber sie wissen auch, daß der politische Indifferentismus aufs engste mit Ueberarbeit und Unterbezahlung, mit mangelndem Schutz der arbeitenden Mutter verknüpft ist. Deshalb haben die Genossinnen des sozialistischen Internationalen Frauenkomitees auf die Tagesordnung der Internationalen Frauenkonferenz am 3. und 4. August auch „Die sozialistischen Forderungen der politischen Arbeiterbewegung für Mutter und Kind, für die Frau im Betrieb, in der Fürsorge für Hilfsbedürftige“ auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Satzung des Völkerbundes erkennt ebenfalls die Gleichberechtigung der Frau an. Theoretisch können Frauen in alle Aemter und Kommissionen des Völkerbundes entsandt werden. Praktisch wird von den Regierungen noch sehr wenig Gebrauch davon gemacht. Das gleiche gilt für das Internationale Arbeitsamt.

Wir sollten es heute begriffen haben, wie sehr doch die Lebensgestaltung der Frau und der Familie von der Völkerpolitik und von der Politik ihres eigenen Landes abhängig ist. Internationale Verständigung der Arbeiter ist notwendig, um die friedlichen Beziehungen der Völker zu pflegen; nur so ist der Militarismus zu bekämpfen, sind kriegerische Verwicklungen zu vermeiden. Internationale Verständigung der Arbeiter ist notwendig, um gegenüber dem Kapitalismus die wirksamsten Kampfmethoden gegen die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zu finden. Internationale Solidarität ist die schönste Eigenschaft und das beste Kampfmittel der organisierten Arbeiterschaft. Im übertragenen Sinn aber müssen die arbeitenden Mütter der ganzen Welt diese Solidarität auf sich, auf ihr politisches Denken und Fühlen anwenden. Nur mit den Müttern der Welt können die Völker zu einer gerechten Weltordnung, zum Sozialismus kommen.

Maria Juchacz.

Paul Axelrod

Die internationale Arbeiterbewegung hat einen schweren Verlust zu verzeichnen. Vorgestern abend verschied in seiner Wohnung in Steglitz der bekannte Führer der russischen Sozialdemokratie, Paul Axelrod.

Der jüngeren Generation der Arbeiterbewegung dürfte der Name Axelrods kaum vertraut sein, da er im letzten Jahrzehnt nur selten an die Oeffentlichkeit trat. Wer aber die Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung und insbesondere die der russischen Sozialdemokratie kennt, der weiß, daß mit dem Namen Axelrod der Prozeß der geistigen Konsolidierung des russischen Sozialismus und seine Loslösung von ihm wesensfremden Bestandteilen auf das engste verbunden ist. Ein origineller, schöpferischer Geist, der sich vor allem auf dem Gebiete der Politik betätigte, stand Axelrod seit den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts an der Spitze jener sozialistischen Intellektuellen, die auf dem steinigen Boden des wirtschaftlich zurückgebliebenen Rußlands, unter dem Druck der zarischen Despotie, der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse den Weg zu ebnen suchten.

Paul Axelrod entstammte der ärmsten, rechtlosesten, unterdrücktesten Volksschicht: Er war der Sohn eines armen jüdischen Schankwirtes in einem weltentlegenen Dörfchen des Gouvernements Tschernigow. 1850 geboren, machte er schon als Kind alle Leiden und Entbehrungen eines von allen gehetzten und verachteten Parias durch. Der Weg des jungen Axelrod war derselbe wie der vieler aus dem Proletariat und dem Kleinbürgertum stammenden russischen Intellektuellen der damaligen Zeit: Ein Hungerdasein im Gymnasium und Universität, leidenschaftliches Eintreten für die unterdrückten Volksmassen, Beteiligung an der revolutionären Bewegung, die in den 60er und 70er Jahren namentlich unter der studierenden Jugend zahlreiche Anhänger fand. Axelrod stürzte sich schon als 18jähriger Jüngling mit Leidenschaft in den revolutionären Kampf, und zwar waren es vor allem die Reden Lassalles, über die Idee des Arbeiterstandes, die seine geistige Entwicklung beeinflußten. „Diese für mich völlig neue Idee,“ schreibt Axelrod in seinen Erinnerungen, „machte allen meinen bisherigen Schwankungen hinsichtlich meiner künftigen Tätigkeit ein Ende.“ Axelrod ist denn auch sechs Jahrzehnte lang der „Idee des vierten Standes“ treu geblieben. Er hat ihr seine ganze Kraft zum Opfer gebracht und ihr bis zum letzten Atemzug gedient.

Die einzelnen Etappen seiner revolutionären Tätigkeit sind so bunt und vielgestaltig wie die Geschichte des russischen Sozialismus selbst. Zuerst, Anfang der siebziger Jahre, Mitglied der illegalen Propagandagruppen, die unter der bäuerlichen Bevölkerung auf dem flachen Lande oder unter den Handwerksgesellen in den Städten sozialistische Agitation trieben. Dann, unter dem Einfluß polizeilicher Verfolgungen, Uebergang zum Anarchismus bakunistischer Färbung; 1874 Flucht nach dem Auslande, Studium der deutschen Arbeiterbewegung in Berlin, die starken Einfluß auf Axelrod ausübt; 1875 Rückkehr nach Rußland, intensive Arbeit in den Reihen der revolutionären Organisation „Semlja i Wolja“ (Land und Freiheit), deren linker Flügel mehr und mehr unter seine Führung gelangt. Die Zertrümmerung der russischen revolutionären Bewegung Anfang der achtziger Jahre zwingt auch Axelrod, nach dem Ausland zu flüchten und hier beginnt bei ihm unter dem Einfluß der westeuropäischen Arbeiterbewegung jene Wandlung vom Anarchismus zum Marxismus, die sich schon in seinen politischen Aufsätzen in den vorhergehenden Jahren angekündigt hatte. 1833 gründet Axelrod gemeinsam mit Plechanow, Wera Sassulitsch und Leo Deutsch die „Gruppe der Befreiung der Arbeit“, die der geistige Ausgangspunkt der Sozialdemokratischen Partei Rußlands wurde.

War Plechanow, der glänzende Redner und Schriftsteller, führend auf soziologischem und philosophischem Gebiet, so war Axelrod der Repräsentant der „Gruppe“ in taktischen und organisatorischen Fragen. Ein gründlicher Kenner der westeuropäischen Arbeiterbewegung, die er auf das eifrigste studierte, suchte er vor allem die Methoden und die Ziele der deutschen Sozialdemokratie in den Kreisen der russischen Revolutionäre zu propagieren. Auf der anderen Seite war er als ständiger Mitarbeiter der „Neuen Zeit“, in der er eine Reihe grundlegender Abhandlungen veröffentlichte, der berufenste Interpret der schwierigen russischen Probleme vor der westeuropäischen Leserschaft. Er war es auch, der auf verschiedenen internationalen Kongressen die russische Sozialdemokratie vertrat und so das Verständnis für die Probleme der russischen Arbeiterbewegung in der Sozialistischen Internationale förderte.

Unvergleichlich jedoch war seine Leistung als geistiger Führer der russischen Sozialdemokratie seit Mitte der neunziger Jahre, als die russische Arbeiterbewegung — wie er es schon Anfang der achtziger Jahre vorausgesagt hatte — als wichtigster revolutionärer Faktor in der russischen Politik in die Erscheinung trat. Jetzt galt es vor allen Dingen, einerseits die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung zu wahren, sie vor dem Abgleiten in Liberalismus und bürgerlichen Reformismus zu schützen, und andererseits den Sinn für eine richtige politische Problemstellung in der Arbeiterschaft zu wecken und sie vor unfruchtbarem politischen Sektierertum zu bewahren. Die Lösung dieser Probleme — die in der Praxis nicht immer gelang — war in der sozialistischen Literatur der damaligen Zeit vor allen Dingen das Werk Paul Axelrods.

Auch die folgenden Jahre der Konterrevolution, die der russischen Arbeiterbewegung starke Rückschläge brachten, fanden Axelrod unerschüttert auf seinem Posten. Die heftigen inneren Kämpfe in der Partei, die Spaltung in Menschewisten und Bolschewisten, die Atmosphäre des Fraktionskampfes wirkten auch auf ihn oft lähmend und niederdrückend. Aber in allen diesen Kämpfen und Auseinandersetzungen, die in ihrem Schoße schon die spätere Auseinandersetzung zwischem dem westeuropäischen Sozialismus und russischen Bolschewismus trugen, blieb Axelrod stets den Ideen der politischen Freiheit und der proletarischen Selbsttätigkeit treu, die die Grundlage des demokratischen Sozialismus, den Kern des wissenschaftlichen Sozialismus von Marx und Engels bilden. Es war wohl die größte Enttäuschung und die bitterste Periode in seinem sturmerfüllten, arbeitsreichen Leben, daß er in der russischen Revolution von 1917, nach dem Sieg des bolschewistischen Umsturzes, nicht den Sieg des demokratischen Sozialismus des westeuropäischen Proletariats, sondern den Triumph eines neuerstandenen Bakunismus, einer diktatorisch-terroristischen Form der Revolution erblicken mußte, die vielfach den Idealen zuwiderlief, denen er sein Leben gewidmet hatte.

Doch bei aller Schwere und Bitternis einer Zeit, wo er aus dem Exil her die Widersprüche und die tiefe Tragik der russischen Revolution verfolgen mußte, blieb ihm dennoch die feste Zuversicht, daß die weitere Entwicklung auch dem russischen Proletariat die Elemente der politischen Freiheit und der Selbsttätigkeit als Grundlagen des demokratischen Sozialismus bringen werde. Diese Zuversicht teilen mit ihm alle diejenigen, die aus dem Wirken dieses hohen und edlen Geistes nicht nur den Glauben an den Sieg des Sozialismus, sondern auch die klare Erkenntnis der gesellschaftlichen Umwelt geschöpft haben.

Die Verschickung Trotzkis

Der Retter Sowjetrußlands unter Polizeifäusten.

Die deutsche „Arbeiter-Zeitung“ in St. Louis (USA.) veröffentlicht einen Privatbrief über die Deportation Trotzkis. Diesen Brief hat kürzlich der Kommunist Max Eastmann in öffentlicher Versammlung in St. Louis verlesen. Eastmann hat zwei Jahre in der Sowjetrepublik zugebracht und ist Verfasser einer autorisierten Biographie von Trotzki sowie eines Buches mit dem Titel „Marx und Lenin“. Das Schreiben lautet u. a.:

„Der letzte, welcher deportiert wurde, war Trotzki. Die Umstände bei seiner Abreise waren die folgenden: Man befahl ihm, sich bereit zu halten, am 16. Januar nach Wjerny, an der chinesischen Grenze von Turkestan, zu gehen. Moskauer Arbeiter, welche von seiner Abreise unterrichtet waren, verschafften sich Fahrkarten nach Porowo, der Vorstadt, von wo er abreisen sollte. Im Bahnhof von Porowo hatten sich 10 000 Arbeiter eingefunden. Als die Polizei davon erfuhr, machte sie den Befehl rückgängig und verschob Trotzkis Abreise bis zum 18.

Die Menge wollte nicht glauben, daß Trotzki nicht im Zuge sei und stand vier Stunden lang auf dem Gleise, um die Abfahrt des Zuges zu verhindern.

Als sie sich schließlich überzeugen mußten, daß Trotzki an diesem Tage nicht abreise, liefen die Arbeiter zu seiner Wohnung, um ausfindig zu machen, was geschehen war. In der Zwischenzeit legte sich die Geheimpolizei in der Nachbarschaft von Trotzkis Haus in einen Hinterhalt und verhaftete 47 Personen. Am folgenden Tage, dem 17. Januar, am Tage vor dem für seine Abreise festgesetzten Datum, erschienen zwei Agenten der Geheimpolizei in Trotzkis Hause mit dem Befehl, sofort abzureisen. Trotzki weigerte sich; er sagte, daß das für ihn festgesetzte Datum der 18. sei, daß er aus diesem Grunde nicht bereit sei, daß er seine Bücher usw. noch nicht zusammen habe. Die Polizeibeamten drohten mit Gewalt, aber er blieb hartnäckig. Sie nahmen seinen Mantel und versuchten, ihn hineinzuzwängen. Seine Frau versuchte, sich telephonisch mit jemand in Verbindung zu setzen, wurde jedoch mit rauher Hand vom Telephon weggerissen. Trotzkis Sohn versuchte, seinen Vater zu verteidigen und wurde in einem Faustkampf von einem Agenten überwältigt.

Schließlich schleppten sie Trotzki mit Gewalt aus seinem Hause,

setzten ihn in ein Auto und fuhren mit großer Schnelligkeit nach der Station Fawstowo, 40 Meilen von Moskau. Er wurde mit zwei Soldaten als Wache in ein Abteil gesetzt. Unterwegs wurde Trotzki krank. In Samara holte man ihn in ernstem Zustand aus dem Zug und ließ Aerzte kommen. Mehr wissen wir nicht, aber so trug sich alles zu.

Die Genossen der Opposition, die in Moskau eingekerkert wurden, befinden sich in entsetzlichen Verhältnissen. Die Frauen sitzen in denselben Zellen mit Verbrechern und Prostituierten, die Männer bei Spekulanten und Dieben. Sie werden schlecht ernährt und es ist ihnen nicht gestattet, irgend etwas von außerhalb zu erhalten. Man gestattet niemand, sie zu besuchen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß einer oder der andere diesem Regime zum Opfer fällt.“

In dem Brief heißt es dann u. a. noch: „Genau wie zur Zeit der Zarenherrschaft wird die Opposition behandelt.“

Interessantes aus aller Welt

Raketen-Weltrekordversuch in der Lüneburger Heide

Neue Starts des Valierischen Raketenwagens. — Ingenieur Sander will eine Rakete 150 Kilometer hoch in die Luft schießen.

Rüsselsheim. Wiederum draußen auf der Rüsselsheimer Rennbahn zur zweiten Probefahrt des Opelschen Raketenwagens! Diesmal sitzt der Konstrukteur des Wagen, Ingenieur Volkhart, am Steuer! Wieder braust mit ungeheurer Geschwindigkeit der Rennwagen von dannen. Diesmal gibt es **einen kleinen Zwischenfall.** Etwa drei Sekunden nach dem Start zerreißt der drei Millimeter starke Stahlmantel einer Schubrakete. Im großen Bogen fliegen die weißglühenden Stücke nach hinten, glücklicherweise, ohne jemanden zu verletzen. Wir Zuschauer sind zunächst ein wenig aufgeregt. Aber der Vorfall beweist doch, daß selbst **bei einer vorzeitigen Detonation von Rakeneinheiten keine sonderliche Gefahr** für den Wagen **und seinen Fahrer besteht.**

Volkhart selbst hatte von der vorzeitigen Explosion nichts bemerkt. Durch die Gewalt des Rückstoßes war die gesamte Explosionsgarbe einfach nach hinten getrieben worden. Freilich bei den öffentlichen Vorführungen wird man nach diesem Vorfall besondere Vorsichtsmaßnahmen ergreifen müssen. Es wird gut sein, die Zuschauermassen nicht in allzu unmittelbare Nähe des Feuergasschweifes, den der Wagen hinter sich läßt, kommen zu lassen. Für seitlich aufgestellte Zuschauer, das haben die Versuche ergeben, besteht keinerlei Gefahr.

Die dritte Probefahrt fand am darauffolgenden Tage statt. Diesmal gab es keinerlei Zwischenfälle. Der Wagen überschritt spielend das vorausberechnete Hundert-Kilometer-Tempo. Durch Einsetzen stärkerer Raketeneinheiten wäre es übrigens ein Leichtes, die doppelte oder dreifache Schnelligkeit zu erzielen. **Bei der ersten öffentlichen Fahrt auf der Avusbahn in Berlin soll ein Tempo von 150 Kilometer gefahren werden.**

Der von England gehaltene Schnelligkeits-Weltrekord wird erst in der Lüneburger Heide angegriffen werden. Da hierfür eine Stundengeschwindigkeit von 360 Kilometer notwendig ist, hat man einen auf Schienen laufenden Sonderwagen konstruiert.

Bei den letzten Versuchsfahrten wurde eine der Schubraketen probeweise in die Luft abgeschossen. Bei einer Steigegeschwindigkeit von 800 Stundenkilometer erreichte diese kleine Rakete eine Höhe von 1000 Meter und eine Wurfweite von ebenfalls einem Kilometer. Ingenieur Sander, der Leiter der Versuche, **will demnächst Raketen bauen, die 150 000 Meter hoch steigen.** Mit Hilfe automatischer Registrierapparate hofft er, durch sie Aufschluß über die Beschaffenheit der noch ganz unbekannten obersten Luftschichten der Erde zu gewinnen. Wenn man bedenkt, daß eine Höhe von 2000 Meter die alleräußerste Entfernung darstellt, die in die Luft geschossene Raketen bisher erreicht haben, wird erst die überragende Bedeutung der Sanderschen Vorarbeiten ganz verständlich.

Wichtige Versuche werden übrigens gegenwärtig auch mit einer neuen Ladung der Raketen unternommen. Man will sie nicht mehr mit Sprengpulver, sondern **mit flüssigen kontinuierlich arbeitenden Treibstoffen, wie Benzin und flüssigem Sauerstoff,** füllen. Die Vorarbeiten sind in Sanders Werkstätten in Wesermünde bereits begonnen worden. Die genauen Einzelheiten werden jedoch noch geheimgehalten.

Die Zuversicht der Fachleute zu den Opel-Valierschen Raketenversuchen ist sehr groß. Man verspricht sich nicht nur einen sportlichen und wissenschaftlichen Nutzen, sondern erhofft auch in absehbarer Zeit eine wirtschaftliche Ausnutzung der künftigen Großrakete. **Man denkt daran, später große Raketen zu konstruieren, die in hoher Wurfparabel von Europa nach Amerika geschossen werden können.** Solche Raketen würden in ihren Hohlräumen auch durchaus Briefpost mitnehmen können. Freilich die Einzelheiten dieser Raketenpostverbindung mit Amerika sind noch ein wenig Zukunftsmusik. Immerhin muß man den Mut und die Großzügigkeit bewundern, mit der die Opel-Leute an die Ausgestaltung der neuen Erfindung gehen.

Geisterspuk in einer Wohnung

Dem Hausbesitzer Skaliczki in Luck in Kongreßpolen waren vor mehreren Monaten durch das Wohnungsamt gegen seinen Willen Zwangsmieter in eine leerstehende Wohnung gesetzt worden. Um nun die neuen Mieter aus der Wohnung zu bringen, wandte der Hauswirt ein sonderbares Mittel an. Jede Nacht erschien in der Wohnung eine weißgekleidete Gestalt, lautlos beugte sie sich über die schlafenden Eheleute und Kinder, um dann wieder zu verschwinden. Nachbarsleute, denen von der Geistergeschichte erzählt worden war, legten sich gemeinsam mit dem Manne auf die Lauer, um den Geist zu fassen; doch dieser war bösartig; mit einem Stuhlbein trieb er die Männer vor sich her und verschwand dann wieder. Vergeblich versuchte der Mieter von dem Wohnungsamt eine andere Wohnung nachgewiesen zu erhalten. Da dies nicht geschah, wandte er sich an eine spritistische Vereinigung, die den Spuk bannen sollte. Eine Sitzung wurde abgehalten, der Geist erschien auch, doch zum allgemeinen Entsetzen merkte die gelehrte Kommission, daß der Geist bei seinem Verschwinden die Wohnung mit Wanzen belegt hatte; Fußboden und Wände waren mit diesen Blutsaugern förmlich übersät. Nun gab es für den Mieter kein Halten mehr, er kampierte mit seiner Familie auf der Straße. Vom Wohnungsamt wurde die Warschauer Kriminalpolizei gebeten, den Geisterspuk aufzuklären, was auch überraschend gelang. Gegen zwölf Uhr nachts erschien wieder die weiße Gestalt. Die Kriminalbeamten, die auf der Lauer gelegen hatten, packten zu, und der Geist entpuppte sich als der Hauswirt selbst. Im Verhör gab er dann auch zu, die Geistergeschichte inszeniert zu haben, um den unbequemen Mieter aus dem Hause zu bringen. In tagelanger Arbeit hatte er Wanzen gesammelt und diese bei dem Besuch der Wohnung, zu der er Reserveschlüssel hatte, umhergestreut. Seinen Zweck hatte der findige Hauswirt nun nicht erreicht, denn außer der Strafe wegen Nötigung mußte er die Wohnung säubern und neu herrichten lassen, und der Mieter bewohnt jetzt doch wieder die Räume.

Rundfunk

Kattowitz — Welle 422.

Freitag. 16.40· Vorträge. 17.45: Polnische Musik. 18.55: Berichte. 19.30: Vorträge. 20.15: Sinfoniekonzert der Warschauer Philharmonie. 22: Zeitzeichen, Berichte. 22.30: Plauderei in französischer Sprache.

Krakau — Welle 422.

Freitag. 15.30: Programm von Warschau. 16.40: Vorträge. 20.15: Uebertragung aus Warschau.

Posen — Welle 280,4.

Freitag. 13: Konzert des Quintetts „Castellani". 14.15: Berichte. 17.20: Vortrag. 17.45: Konzert. 19.30: Vortrag über psychologische Probleme. 20.15: Sinfoniekonzert der Warschauer Philharmonie, anschl. die Abendberichte und Tanzmusik.

Warschau — Welle 1111,1.

Freitag. 15.30: Geschichtlicher Vortrag. 15.55: Literarischer Vortrag. 16.40: Englischer Unterricht. 17.20: Uebertragung aus Wilna. 19.30: Vortrag Hygiene und Medizin. 19.55: Musikalische Plauderei. 20.15: Sinfoniekonzert der Philharmonie ,anschl. Berichte.

Gleiwitz Welle 329,7 — **Breslau 322,6**

Allgemeine Tageseinteilung:

11.15: Wetterbericht Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.15—12.55: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten *). 12.55: Nauener Zeitzeichen. 13.30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.45: Konzert für Versuche und für die Funkindustrie auf Schallplatten und Funkwerbung *). 15.30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht anschließend Funkwerbung *). 22.00: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten, Funkwerbung *) und Sportfunk. 22.15—24.00: Tanzmusik (Zwei- bis dreimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesischen Funkstunde A.-G.

Freitag, den 20. April. 16.00—16.30: Stunde und Wochenschau des Hausfrauenbundes Breslau, Berufsorganisation. 16.30—18.00: Aus klassischer Operette. 18.00—18.25: Schlesischer Verkehrsbund. 18.25—18.55: Abt. Himmelskunde. 18.45—18.50: Himmelsbeobachtungen im April. 19.25—19.50: Junge Reporter. 19.50—20.15: Vorträge des Deutschen Auslands-Instituts. 20.15: Einführung in das Sendespiel des Abends von Paul Rilla. 20.30: Kalkutta, 4. Mai. Ein Abschnitt Kolonialgeschichte.

Versammlungskalender

Vertrauensmänner des D. M. V.

Am Freitag, den 20. d. Mts., findet eine Vertrauensmännersitzung des D. M. V. im Dom Ludowy Krol. Huta, ul. 3. Maja Nr. 6, abends 7½ Uhr, statt und bitten wir alle bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Auswahl-Chor H.

Am Freitag, den 20. April, abends 8 Uhr, findet in Kattowitz (Aula des Lyzeums) eine wichtige Probe des Gesamt-H.-Chors statt. Erscheinen aller Sangesbrüder und Sangesschwestern ist Pflicht.

Freie Gewerkschaften.

Im Auftrage des Bundesvorstandes berufe ich hiermit für Sonntag, den 22. April 1928, vormittags 9 Uhr, ins Volkshaus Könishütte, großer Saal, eine Konferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Unterbezirk Ost-Oberschlesien ein.

Tagesordnung:

1. Die ost-oberschlesische Wirtschaftspolitik im Zusammenhang mit den Funktionen unserer Betriebsräte und der deutsch-polnische Handelsvertrag. Referent Koll. Buchwald.
2. Die Sozialpolitik und unsere Forderungen bei Sozialwahlen. Referent: Koll. Kuzella.
3. Beratungen unseres Organisationsstatuts und Anträge.

Zur Teilnahme an dieser Konferenz sind verpflichtet die hauptamtlichen Geschäftsführer sämtlicher freien Gewerkschaften in Ost-Oberschlesien sowie der Bezirksvorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, die Vorsitzenden und Kassierer der Ortsausschüsse Bismarckhütte, Königshütte, Kattowitz, Laurahütte und Nikolai, ferner die Delegierten der einzelnen Verbände nach folgendem Schlüssel:

Jeder Verband entsendet auf je 50 Mitglieder 1 Vertreter, wobei es dem Verband zur Pflicht gemacht wird, möglichst jeder Zahlstelle der Organisationen einen Delegierten zuzubilligen.

Das Bezirkssekretariat.

Kattowitz. Schachfreunde. Am 19. April findet im Zentralhotel, abends 7½ Uhr, eine Mitgliederversammlung statt.

Zawodzie. Bergarbeiter-Verband. Sonntag, den 22. April 1928, vormittags 10 Uhr, findet im Lokale bei Cygan die fällige Mitgliederversammlung statt. Anschließend findet die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung nach Magdeburg statt. Die Vorstandsmitglieder werden gebeten, zwecks Besprechung Donnerstag, den 19. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, beim Vertrauensmann Jackisch, ul. Drzewna 1, zu erscheinen.

Nickischschacht. (D. S. A. P. Am Sonntag, den 22. 4. 28., findet eine gemeinsame Versammlung mit der P. P. S. um 10 Uhr vormittags bei A. Fritsch statt.

Eichenau. Am Sonntag, den 22. April, nachmittags 4 Uhr, findet im „Robotnik" eine wichtige Vorstände-Sitzung der P. P. S., der D. S. A. P. und der Gewerkschaften statt.

Bismarckhütte. Der Ortsausschuß Bismarckhütte hält am Donnerstag, den 19. April, abends ½8 Uhr, seine fällige Sitzung.

Bismarckhütte. Maschinisten und Heizer. Am Dienstag, den 24. April, abends 7 Uhr, findet im bekannten Lokal eine Mitgliederversammlung statt.

Schwientochlowitz. Bergarbeiter. Am 22. April, von 10 bis 4 Uhr nachmittags, Delegiertenwahl im Lokal Dulog, Langestraße 37.

Zebrania P. P. S. w dniu 22-go bm.

Siemianowice, u p. Prochoty o godz. 4-tej popołudniu, wspólne zebranie P. P. S., C. Z. G. „Siły", Tw. U. Ra., sekcji kobiet P. P. S. i D. S. A. P. Ref. tow. Janta.

Radzionków. Konferencja 1-szo majowa u. pana Langera o godz. 10-tej do południa, uprasza się placówki Rójca, Sucha Góra, Rudne Piekary, Wielkie Piekary, Szarlej, Kozłowa Góra, Orzech, Nakło i Tarn. Góry. Ref. tow. Janta.

Rożdzień-Szopienice, u p. Domżoła o godz. 10-tej do południa zebranie P. P. S., C. Z. G., Związku Metalowców i D. S. A. P. Ref. tow. Jawisz.